

Volkswacht

Bellage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Insertionsgebühr die sechs gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 22

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 2537

Nr. 17.

Danzig, den 26. Februar 1913.

4. Jahrgang.

Proletarierinnen rüsten zur Heerschau.

„Das Lied der Zukunft, es rauscht und braust;
Auf feuermächtigem Rosse fault
Es wie die Walküre der Sage
Durch die zitternde Schwüle, die dräuenden Reih'n
Und der Kampf ist sein und der Sieg ist sein.
Und es jauchzt dem vernichtenden Schlage!“

Das Lied der Zukunft rauscht im Frühlingssturm und schwingt sich über Dach und Turm hinaus ins Land. Es birgt Sturmgeläute und Waffenklirren und lauten trotzigem Schrei. Es überläßt das Surren und Rattern der Maschinen, es dringt durch die Mauern und verschlossene Türen, es klingt in verschlossene Herzen: Ich will euch erquiden, die ihr mühselig und beladen seid. Ich will eure Herzen ergrühen machen in heißem Begehren nach Frühlingsglück und will eure Arme stählen für den Kampf, der eurer Sehnsucht Erfüllung bringen soll.

Viele hören das rauhe Lied, den drausenden Gruß und wissen ihn richtig zu deuten. Sie wissen, er ruft sie zur Heerschau über die Scharen der Kämpferinnen für Menschenrecht und Frauenrecht und all das, was ihnen die herrschenden Klassen heute hohnschändend verweigern.

Seit Jahren stehen die Proletarierinnen auf dem Blachfeld des Kampfes. Sie ringen nicht nur mit dem Kapitalismus um eine Verringerung der Ausbeutung — kürzere Arbeitszeit und auskömmlichen Lohn — sie fordern auch, daß man sie mitraten und nützlich lasse in den Parlamenten und überall dort, wo man über das Wohl und Wehe des Volkes entscheidet. Denn sie sind die Mütter des Volkes und ihm zur Hut bestellt.

Man hat ihnen diese heiligen Rechte bis heute geweigert. Man hat ihnen nicht geachtet, solange sie ein kleines Häuflein waren. Heute strömen sie zu Hunderttausenden aus den Quartieren des Elends zusammen. Aus feuchten Kellern und zugigen Manjardes, aus den dumpfen Sälen, in denen sie schaffen. Zu Hunderttausenden und noch immer will man über sie hinweggehen. Darum werden sie sorgen müssen, daß aus den Hunderttausenden Millionen werden, deren Ruf sich die Ohren der Gewalthaber nicht länger mehr verschließen können, deren Kraft die Tore sprengen muß, die man ihnen heute nicht öffnen will.

Aber sie müssen diese Kraft messen und den Kampf wagen lernen. Denn viele Jaghaste sind noch unter ihnen, deren die alte Knechtlichkeit ihres Geschlechts noch im Blute brüht. Und viele sind darunter, die noch nicht gelernt haben, über den engen Horizont hinauszusehen, der ihnen solange natürlich erschien. Der Tag unserer Versammlungen soll diesen Frauen zeigen, daß sie nicht allein stehen und daß alles, was ihre Herzen bewegt — ihre Qual und ihre Klagen, ihre Wünsche und Hoffnungen — in den Proletarierinnen aller Länder lebendig ist und daß sie einig sind in dem Gelöbniß, bis zum letzten um den Sieg zu ringen.

Das wird den Jagenden Trost geben und Mut. Das wird in den Herzen der anderen die Glut der Begeisterung zu heller Flamme entfachen. Jene anderen, die tapfer sind und erkennen, welche wichtige Etappe im Kampfe des Proletariats dieses ihr Ringen bedeutet. Für die Saumfellen aber soll die Heerschau ein Mahner sein. Für jene noch Allzuvielen, die sich so gern faul und weigern hinter dem Ofen verkrühen, wo kein rauhes Juglütchen sie erreicht, indes die Schwelmer draußen stehen in Sturm und Wetter. Schlag, die ihr behaglich Näschen erst verlassen möchten, wenn jene die Kastanien auch für sie aus dem Feuer geholt haben. Ihr Gewissen muß geschärft, ihre Scham gehurt werden. Sie sollen es nicht würdelos empfinden lernen, von der Müß' und Arbeit ihrer Klassen Genossinnen zu schmarotzen.

So haben die Versammlungen am 2. und 3. März mannigfache Bedeutung. Und was der Frühlingssturm an diesen Tagen bringt, und was er in den Herzen der Proletarierinnen und ihrer männlichen Kampfgenossen erweckt, das darf nicht in den Tiefen des Elends verfliegen. Es wird wie jener Posaune gewaltiger Ton Mäuren stürzen machen und die Wälle der Ungerechtigkeit sprengen. Es muß rauschen und brausen und großen und doanem, Empor zu den Siegen der Reichen und Mächtigen, daß die Furcht ihre feigen Herzen erbeben und ihre Gebeine schlauernd zusammenklagen läßt. Fürchten müssen sie und lernen, wenn wir ihnen antretzen wollen, was sie mit Zähnen und Klauen festhalten. Ihre Stärke sollen sie kennen lernen und die Kraft fühlen, die in dem emmühtigen Wollen von Millionen lebt. Darum rüsten Proletarierinnen zu unserer Heerschau und zeigt euren Widerstandern eure Macht.

Die „Fingelinder“ wollen endlich leben.
Ihr werdet mannhaft kämpfen im Gefecht.
Und werdet Regen und im Rale sein.

Und selbst bekommen eure Menichentäter.

Seiner Majestät Kammerherr.

Herr Elard von Oldenburg ist nicht der erste beste, er ist Kammerherr des Königs von Preußen, ein Freund des Kronprinzen und bei Hofe sehr beliebt. Hat doch erst kürzlich Wilhelm der Zweite bei seiner Anwesenheit im Landwirtschaftsrat einer Heftrede Oldenburgs gegen die Sozialdemokratie und die innere Kolonisation gelauscht und am Schlusse seinen Beifall zu erkennen gegeben.

Aber nicht nur höfische Gunst genießt dieser Junker. Er ist ein einflussreiches Mitglied der konservativen Partei und ein Führer ihrer stärksten und einflussreichsten Organisation, des Bundes der Landwirte. Dieser Mann hat nun in seiner Rede bei der Tagung des Bundes der Landwirte Worte auszusprechen gewagt, die die deutschen Arbeiter sich merken werden. Er hat von dem Schmerz gesprochen, den der Fall des Sozialistengesetzes ihm verursacht, und er hat dann nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ gesagt:

„Ich kann es nicht verstehen, daß die bürgerliche Gesellschaft mit ansehen, wie ein gewaltiger Teil unseres deutschen Volkes systematisch ausgezehrt und verdorben wird. Aber wenn Sie heute so etwas äußern, dann gelten Sie ja als rückwärtlich, das ist noch ein milder Ausdruck. Die einzigen, die mit in letzter Zeit imponiert haben, sind die Engländer gewesen; die haben die Courage gehabt, auf demjenigen Wege sich die Zuhälter vom Halse zu schaffen, auf dem es allein möglich ist. (Andauernd lebhafter Beifall.) Wenn Sie das bei uns versuchen wollten, dann bekommen Sie, wie sich ja bei dem Streikpostenstreiken herausgestellt hat, eine ganz verschwundene Minorität dazu im Reichstage, die diesem Gedankengange folgt. Das ist ein Produkt der Furcht vor der öffentlichen Meinung und die Furcht ist noch niemals ein richtiger und guter Ratgeber gewesen. (Beifall.) Ich gebe also der Hoffnung Ausdruck, daß das preussische Wahlrecht so gelassen wird, wie es ist.“

Der Bericht ist etwas gemildert. Aber aus ihm geht doch sehr deutlich das hervor, was auch die Zuhörer verstanden haben. Herr von Oldenburg-Januschan, Kammerherr Seiner Majestät, Freund des Kronprinzen, Führer der einflussreichsten und mächtigsten Partei, vergleicht die deutschen Arbeiter mit Zuhältern und wünscht, daß für ihre politische und gewerkschaftliche Betätigung wie für die Zuhälter in England die Prügelstrafe eingeführt wird!

Die agrarische Versammlung hat diese Provokation der deutschen Arbeiterklasse mit lebhaftem und andauerndem stürmischem Beifall aufgenommen. Die konservative Presse billigt sie durch ihr Schweigen. Die konservative Partei trägt also für die Ausführungen Oldenburgs die volle Verantwortung.

Es ist wirklich merkwürdig: seit Wochen und Wochen geht eine zügellose, sich immer mehr verschärfende Heze der Konservativen gegen die deutschen Arbeiter vor sich, die in dem Zuhältervergleich des königlichen Kammerherrn ihren knappten und aufrichtigsten Ausdruck und zugleich ihren vorläufigen Gipfelpunkt erreicht hat. Es ist nicht genug, daß die Junker dem preussischen Volke das Wahlrecht vorenthalten, nicht genug, daß sie durch die Agrarzölle und Liebesbesenpolitik die Massen ausplündern; immer lauter schreien sie nach neuen Knebelgesetzen, rufen sie nach der Gewalt und häufen Provokation auf Provokation. Was schiert es sie, daß in der Arbeiterklasse die Erbitterung über die unausgesetzten Herausforderungen ständig wächst. Mähten sie doch am liebsten sehen, daß sich ein Vorwand fände, um die Flinten schießen und die Säbel hauen zu lassen gegen die deutschen Arbeiter, an deren Ausbeutung sie ihr Schmarotzverdienst führen, durch deren politische Entredung sie die Herrscher Preußen-Deutschlands sind. Das wäre noch wirksamer als die Prügelstrafe.

Es ist für den ganzen Haß, den die Junker gegen die Arbeiterklasse hegen, so recht bezeichnend, daß sie ihm sogar in der gegenwärtigen Situation die Zügel schießen lassen. Die einfachste Heberlegung müßte den Herren sagen, daß die Zeiten doch nicht danach angetan sind, die deutschen Arbeiter zu provozieren, sie mit neuen Gewaltmaßnahmen zu bedrohen. Die internationale Situation ist sehr ernst, und die Herren, die jetzt ihre Feste feiern und im Zirkus freche Reden führen, sind dieselben, die unausgesetzt an den Patriotismus der Massen appellieren. Ein seltsamer Appell in der Tat: „Ihr seid nicht wert, Staatsbürger zu sein, Ihr müßt Bürger minderen Rechts bleiben. Das Verprechen der Thronrede ist nicht gültig, und wir werden schon dafür sorgen, daß es nicht eingelöst werde. Aber wenn wir es befehlen, dann müßt Ihr in den Krieg ziehen, dann müßt Ihr Euch begeistert schlagen, denn im modernen Krieg kommt es auf die Begeisterung jedes einzelnen Mannes an, dann dürft Ihr Euch, wenn es Euer Leben zu opfern gilt, mit uns eins fühlen!“

„Daß Ihr von Eurem Koalitionsrecht Gebrauch macht, ist aber unerträglich. Eure Streitposten müßten wie Zuhälter behandelt und der Prügelstrafe unterworfen werden. Aber als Posten im Felde seid Ihr brauchbar, und da erwarten wir von Euch, daß Ihr Eure Pflicht tut. Schon im Frieden müßt Ihr in immer vermehrtem Maße für den Krieg Euch vorbereiten. Denkt nicht daran, daß wir, die wir Eure Befehlshaber sind, die Kosten tragen werden. Das müßt Ihr tun und wagt nicht, Euch zu widersetzen. Das Reichstagswahlrecht ist uns schon lange verhaßt, und wir denken nicht daran, dem Reichstag das Recht einzuräumen, uns Steuern aufzuerlegen. Das wäre, wie unser Oldenburg gesagt, der Beginn der Expropriation. Und widerstrebt Ihr, so denkt an den anderen Auspruch unseres Vorfahren von dem Leutnant und den zehn Mann. Dann beschlagen wir endlich die ganze Reichstagskammer. Wir sind der preussische Staat, wir kommandieren in der Regierung und in der Armee, und Ihr habt zu gehorchen, Ihr Arbeitergeschindel!“

Das sind die Reden, die die Konservativen jüngst geführt haben im Reichstag, im Landtag und im Bund der Landwirte in fester Steigerung. Wenn wir den konservativen Jargon sprechen würden, würden wir von einer nicht mehr zu überbietenden Aufreizung zum Klassenhaß sprechen. So ziehen wir es vor, zu konstatieren, daß die Junker in diesen Wochen unübertreffliche Aufklärungsarbeit geleistet haben. Wir können das um so eher konstatieren, als wir uns wirklich nicht fürchten.

Wir unterzeichnen dabei die Macht unserer Feinde keineswegs und nicht als charakteristischer, als daß in derselben Versammlung, in der Herr von Oldenburg die deutsche Arbeiterklasse in solch nied-

riger Weise zu verhöhnen gewagt hat, folgendes Telegramm des Kaisers verlesen werden konnte:

„Ich danke der Generalversammlung des Bundes der Landwirte bestens für die Huldbigung zu meinem bevorstehenden Regierungsjubiläum. Mit besonderer Freude habe ich die Versicherung entgegengenommen, daß der alte Geist der Treue und Opferwilligkeit (!) auch die heutige Generation der Deutschen Landwirte beherrscht. Möge er die deutsche Landwirtschaft stark und kräftig machen, die ihr gestellten großen vaterländischen Aufgaben zu Ruh und Frommen des gesamten deutschen Volkes. Gott der Herr aber segne alle Zeit die deutsche Landwirtschaft und ihre treuen Arbeiter! Wilhelm I. R.“

Die „treuen Arbeiter“, das sind in der Sprache des Kaisers die Oldenburg und Konforten. Treu mögen sie sein, wenn auch keine Arbeiter. Wir, die wirklichen Arbeiter, wollen zu den Getreuen nicht gehören. Doch wir finden es ganz in der Ordnung, daß Wilhelm der Zweite in solch ausführlicher und warmer Weise an die anderen telegraphiert, und wissen, was wir davon zu halten haben.

Deutschland.

Das neue Kaiserstschiff.

Im Extraordinarium des Marineetats werden für den Bau einer kaiserlichen Yacht „Erfah Hohenzollern“ als erste Rate fünf Millionen gefordert; insgesamt soll das Schiff zehn Millionen kosten. Darüber gab es am Mittwoch in der Budgetkommission eine große Debatte. Staatssekretär v. Tirpitz setzte auseinander, daß die „Hohenzollern“ besonders im Hinblick auf die Vorgänge beim Untergang der „Titanic“ nicht mehr denjenigen Anforderungen entspreche, die an die Sicherheit und Schwimmfähigkeit eines Schiffes nach dem heutigen Stand der Technik gestellt werden müssen. Die Genossen Roske und Ledebour erhoben entschiedenen Widerspruch gegen diese Forderung. Es handle sich hier um den Marineetat zum Zwecke der Landesverteidigung; beim „Erfah Hohenzollern“ könne aber davon nicht die Rede sein, daß ein wirkliches Kriegsschiff geschaffen werde, sondern es handle sich um ein Schiff für rein persönliche Verwendung. Kriegerische Zwecke scheiden vollkommen aus. Es könne sich auch nicht darum handeln, dem Kaiser als oberstem Kriegsherrn ein Schiff zur Verfügung zu stellen, denn dafür seien ja in die Flagggeschiffe besondere Wohnräume für den Kaiser eingebaut. Wenn der Kaiser aber ein Privatstschiff bauen wolle, so möge er es auch selbst bezahlen. Es kämen ohnedies die hohen Indiensthaltungskosten hinzu, die bei dem neuen Schiffe wohl auf eine halbe Million steigen werden. Hier sei also Platz zur Ausübung der Sparjamkeit. Staatssekretär v. Tirpitz erwiderte: Bei der kaiserlichen Yacht handelt es sich nicht um einen Privatbau für Privatverwendung, sondern um die bei uns wie anderswo von jeher anerkannte Notwendigkeit, dem Staatsoberhaupt für seine repräsentativen und militärischen Aufgaben ein geeignetes Schiff zur Verfügung zu stellen. Auch als Oberkommandierender der Flotte bedürfe der Kaiser eines solchen Schiffes zu militärischen Flottenbesichtigungen und zur Leitung der Marinemanöver. Die Kaiserträume auf dem Flaggstschiff seien nur für kurzen Aufenthalt bestimmt.

Ledebour bezweifelte demgegenüber, daß der Kaiser die ausreichende seemannische Fähigkeit habe, ein Manöver zu leiten. Er habe keinerlei Gramen dieser Art gemacht, er sei also nur Amateurseemann. Wenn eine besondere Ausbildung hierfür nicht notwendig sei, so könne man ja glauben, daß sie auch für Seeoffiziere unnötig sei. Gegen diese Ausführungen machte der Staatssekretär geltend, daß es sich bei den Manöverleitungen um die Prüfung großer militärischer Fragen handle. Für das rein Seemannische stehe selbstverständlich der Admiralstab zur Verfügung, aber bei den großen Manövern müsse der Kaiser selbst die Leitung haben, um aus der Summe der Eindrücke das Fazit für die Gesamtleitung der Staatsgeschäfte zu ziehen. Im übrigen habe sich der Kaiser seit 25 Jahren als Seemann betätigt. In der weiteren Debatte lehnte der Staatssekretär eine Erörterung der sozialdemokratischen Einwürfe ab unter Hinweis auf Artikel 55 der Verfassung.

Graf Westarp glaubte entrüstet gegen die Ausführungen Ledebours Verwahrung einlegen zu müssen. Auch die Vertreter der andern bürgerlichen Parteien erklärten ihre Bereitwilligkeit, die Millionen für das Prunkstschiff zu bewilligen. Die Forderung wurde denn auch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Wie in Ostelbien Wahlen „gemacht“ werden.

Bei der Stichwahl im Januar 1912 erhielten im Wahlkreis Ludenwalde-Belzig der konservativen Ritterpartei Carl Wald-Berlin 16 552 Stimmen. Gegen diese Wahl wurde Protest eingelegt, der sich in der Hauptsache darauf stützte, daß 412 wahlberechtigte Patienten der Heilanstalt Beelig nicht in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Diese Wähler hatten durch die Heilanstalt ihre Anmeldung beim Magistrat in Beelig bewirkt und zugleich die Aufnahme in die Wählerliste beantragt. Der Magistrat verweigerte beides, weil der zeitweilige Aufenthalt in einer Heilanstalt keinen Wohnsitz begründe. Auf eine Beschwerde an den Landrat und an den Regierungspräsidenten erfolgte ein abweisender Bescheid. Und das, trotzdem die Wahlprüfungscommission sowohl in der Session 1893-98 und 1907-11 entschieden hatte, daß die Inansen der Heilanstalt in die Wählerliste aufzunehmen sind. Der Regierungspräsident in Potsdam erklärte einfach, der ihm überreichte Bericht der Wahlprüfungscommission könne von ihm nicht als geeignete Unterlage erachtet werden. Die Wahlprüfungscommission erklärte mit 12 gegen 2 Stimmen, daß die Inansen der Heilanstalt Beelig in die Wählerliste aufgenommen werden müssen. Die Kommission beschloß weiter, dem unterlegenen Kandidaten die 412 Stimmen zuzugähren; damit hätte der Abgeordnete v. Dörzen die Mehrheit verloren. — Bisherig wird der Herr Regierungspräsident in Potsdam jetzt doch endlich zu der Ansicht gelangt, daß die Beschlüsse der Wahlprüfungscommission auch für ihn nicht ganz unbeachtlich sein dürfen. Einstimmig beschloß die Kommission, das Mandat des Abgeordneten v. Dörzen für ungültig zu erklären.

Zur Kennzeichnung der Art, wie in einzelnen Orten dieses heilig unstrittenen Kreises des Wahllokal vollzogen wurde, nur einige Beispiele aus dem Protokoll. In Lintze bei Bruck (Markt) spielte der Wahlvorstand während der Wahlzeit Karten. In Neudorf diente ein — Zimmer als Wahlurne, die konterfeißen Wahlzettel lagen im „Wahllokal“. In Klein Klein waren die Stimmzettel gefaltete Karten; bei 18 von 27 fehlte eine Karte. Der Förster in Grabow hielt im Wahllokal Reden und spendierte Bier und Schnaps. In Buchholz diente eine Kiste als Wahlurne, und weil der Wahlvorstand Karten spielte, bediente ein Wähler sich selbst, d. h. er warf seinen Zettel selbst in die Kiste! All diese Dinge wurden für erheblich erachtet; eine Beweisaufnahme erübrigte sich aber, da am Resultat selbst nichts geändert worden wäre.

Skandalöse Wahlbeeinträchtigungen, die auf das Konto des konterfeißen Kandidaten, Landrats v. Hegenfeldt, und des ihm untergebenen Kreissekretärs kommen, wurden in einem Wahlprotokoll aus dem Wahlkreis Rothenburg-Hopernsweide behauptet. Da aber die Mehrheit des Herrn Landrat erheblich ist, konnte sie durch Protestgründe nicht erschüttert werden. Das Mandat wurde ihr gültig erklärt.

Ein ähnlicher Protest aus dem Kreise Salzwedel-Gardelegen, wo der Junker v. Krocher gewählt wurde, konnte von der Kommission noch nicht erledigt werden. Krocher ist in der Stichwahl mit 13 1/2 Stimmen gewählt worden, auf seinen Gegner, den Bauernbändler Dr. Böhm, entfielen 13 1/4 Stimmen. Es steht also ziemlich knapp zu und die Ungültigkeitserklärung ist nicht ausgeschlossen.

Ein Protest gegen die Rede des Kaisers im Landwirtschaftsrat.

Die Rede des Kaisers im Deutschen Landwirtschaftsrat hat in den landwirtschaftlichen Kreisen Ostpreußens sowie auch anderswärts großes Bedauern erregt, da infolge falscher Informationen die Rede von falschen Angaben geradezu wimmelt. Die Entlastung über die Rede, besonders über den Passus, der Kaiser habe „zum erstenmal in Ostpreußen Kartoffeln angebaut“ und der Kaiser habe „den Richter des Bormerz Cadinen, weil dieser nichts sagte, einfach hinausgeschmissen“, um in einer Verlesung des landwirtschaftlichen Volkstums Übung und Übung, dem zu weit die Gutsnachbarn der kaiserlichen Herrschaft angehören, in äußerster Weise zum Ausdruck. Unter dem Schutze der Verlesung wurde Stellung genommen „gegen die schamlose Weise, in der der Kaiser belogen worden ist“, so führte namentlich ein Teilnehmer der Versammlung aus. Es wurde dafür gefordert, daß die Rede von anderer Seite verlangt der „betreffenden Chroniker mündlich gemacht werden“. Der Verfasser Roggen ist von einem Mitgliedern schon seit mehreren Jahren angebaut worden, also lange, bevor der Kaiser Richter der Herrschaft Cadinen wurde. Besonders wurde bedauert, daß der Richter des Bormerz Kadina, Herr Sobst, in die dazwischen liegende Zeit hineingeworfen worden ist. Der Sobst ist einer der bestunterrichteten landwirtschaftlichen Landwirte und erweist sich in Fach- und Geschäftsfreien der Provinz als einen tüchtigen Mann. Um Herrn Sobst eine Rehabilitierung zu verschaffen wurde einstimmig ein Vertrauensvotum für ihn ausgetrieben. Das Vertrauensvotum trägt auch die Unterzeichnung des Landrats des Kreises Übung, des Grafen Pokandowski-Heden, der Sohn des früheren Staatssekretärs. Das Vertrauensvotum lautet wie folgt:

Herrn Anton-Sobst, der seit 10 Jahren lang ordentliches Mitglied des Übung landwirtschaftlichen Volkstums und schon seit einer Reihe von Jahren unserem Vorstand an, in welchem er das Amt eines stellvertretenden Schriftführers bekleidet. Ein vom ganzen Verein um seines vorzüglichen Charakters und seiner gediegenen Kenntnisse willen hochgeschätztes Mitglied, der in jeder Weise die Interessen des Vereins fördern helfen. Als tüchtiger, pflanzlicher, erprobter Landwirt hat er sich auf dem vom ihm 15 Jahre lang produzierten Gute Reiberg bewährt, welches er, wie ihm bekannt, der 15 Jahre lang vor ihm geführt worden, den dortigen Schwierigen Verhältnissen entsprechend — infolge der hohen Lage, seinen dort die besten Erträge — im Hinblick und Ertrag beizubehalten. In politischer Hinsicht waren Herr Sobst der Nationaldemokrat, sein Sohn und die von ihm unterstützte Bewegung. Die von oberer Stelle gestellte unzulässige Beurteilung des Herrn Sobst bedauern wir sehr, glauben indes, daß sie auf unrichtige Informationen zurückzuführen ist.

Der Vorsitzende des Übung Kreis der Verband und Mitglieder.
Herrn v. ...
Herrn v. ...

Ein schwarzes Blatt für Vertreibung der Fresser.

Am 20. Januar 1894 hat der Landtagspräsident Herr v. ... eine Sitzung im Reichstagsgebäude abgehalten. ...

Es wird dringend empfohlen, ... in jeder Hinsicht ...

Der Vorsitzende des Übung Kreis der Verband und Mitglieder.
Herrn v. ...
Herrn v. ...

Künftig so: Der Generalkonsul des Deutschen Reichs, Herr Franz v. Herff, erhielt die Schriftstücke, Urkunden und Akten, auf Grund deren die Hof-Erlöse des früheren Eigentümers von Kadinen die Abrechnung an Kaiser Wilhelm den Zweiten als verpfändete Schenkung eines ostpreussischen Grafenstranges erfolgte.

Der frühere Herr von Kadinen ist in Genua als Morphomane in tiefster Sehnacht gestorben. Der berühmte Physiotherapeut und Psychiater an der Universität in Genua, Professor E. Morfelli, erstarrte des Entschlusses, daß der an holländischen (Sinesen) und an maniakalischen Größenwahn leidende königlich-preussische Rittmeister a. D. nicht mehr zurechnungsfähig gewesen wäre, als er am Ende seines Lebens dem deutschen Kaiser durch die Abtretung des auf zwei Millionen Mark geschätzten Gutes gegen eine überaus bescheidene Leibrente seine Verehrung bezeigen wollte.

Der Geldentgeber gelangte in den Besitz von nur zwei Jahresraten seiner Leibrente, als er seinem langen und unheilbaren Siechtum erlag.

Außer den medizinischen und psychiatrischen Gutachten, die der deutschen Konsularbehörde von der in bedürftigen Verhältnissen lebenden Verwandten des Geldentgebers übermittelt worden sind, ist aber auch die Denkschrift eines ordentlichen Professors der juristischen Fakultät an der Universität Genua vorhanden; darin ist die Anfechtung des Schenkungsvertrages auf dem Rechtswege empfohlen.

Ausland.
Oesterreich.

Wien. Unter dem Vorsitz des Ministers des Innern und in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Statthalters von Böhmen, fand am Donnerstag in Wien eine Besprechung über eine Neuorganisation des Sprachgebrauchs der staatlichen Behörden in Böhmen statt, wozu die Vertreter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes und der Vereinigung der deutsch-böhmischen Reichsratsabgeordneten erschienen waren. Von der Regierung wurden die allgemeinen Gesichtspunkte zur Sprache gebracht, worauf im hiesigen Interesse bei der gezielten Regelung des Gegenstandes Rücksicht zu nehmen wäre. Daran knüpfte sich eine informative Diskussion.

So wird es nun wieder eine Weile weitergehen, bis eines Tages die Kraftthat der Deutschen oder der „Tscheken“ sich übermächtig zeigt und alle die zweifelhaften Ergebnisse der Auslandsverhandlungen hinwegschwemmt.

Frankreich.

Ernennung Delcassés zum Botschafter in Petersburg. Der Ministerpräsident ernannte den bisherigen Minister Delcassé zum französischen Botschafter in Petersburg. Die Liberté schreibt dazu: Diese Ernennung war bereits vor acht Tagen entschieden, sie steht demnach in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Haltung Frankreichs gegenüber den militärischen Maßnahmen Deutschlands. Die Wahl Delcassés für den Petersburger Posten war logischerweise durch das innige französisch-russische Zusammenarbeiten in der Drievereinigung angezeigt. Die neue Stellung des ehemaligen Ministers des Reiches, welcher die französisch-russische Allianz befestigt und die Entente Cordiale mit ins Leben gerufen hat, wird für die Betätigung des französisch-russischen Bündnisses und der Tripleentente besonders nützlich sein.

Amerika.

Ablehnung des Einwanderungsgesetzes. Das Einwanderungsgesetz, gegen das Präsident McKinley sein Veto erhoben hatte, ist auch vom Senat abgelehnt worden. Es fehlten fünf Stimmen an der notwendigen Zweidrittelmehrheit.

Mexiko.

Die Besichtigung Mexikos nahm der Reichsdemokrat Herr ... an. ...

Im vorigen Jahre hat der Reichstag Vorlegung einer Denkschrift über die Frage der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens verlangt. Die Eisenbahnen haben nach unserer Ansicht die Aufgabe, als Verkehrsanstalt zu dienen und nicht als Erwerbsquelle. Wir sind für die Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich. Der preussische Minister Breitenbach prunkt mit seinen Überschüssen, aber der Verbesserung der Lage der Angestellten steht er ablehnend gegenüber. Hierauf wird die Weiterberatung vertagt.

Sitzung vom 21. Februar.

Abg. Freih. v. Richthofen (Nat.) fragt an, welche Maßnahmen der Herr Reichskanzler zum Schutze der Deutschen in Mexiko ergriffen hat. Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow erklärt, daß kein Reichsangehöriger den Unruhen in Mexiko zum Opfer gefallen sei. Wir werden für die Wahrung unserer Interessen mit Nachdruck eintreten.

Darauf wird die zweite Lesung des Reichseisenbahnnamts fortgesetzt. Abg. Schwabach (Nat.) wünscht eine Erklärung darüber, ob die deutschen Eisenbahnen jeden Augenblick für den Kriegsfall bereit seien. Abg. Hahnle (Sp.): Eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeits- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals ist notwendig. Der planmäßige Dienst hat in den letzten Jahren zugenommen. Dazu kommt die außerordentliche Anspannung des Personals infolge des Wagenmangels. Präsident des Reichseisenbahnnamts Wackerjapp: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Eisenbahnbediensteten gehören nicht zur Zuständigkeit meines Amtes. Die Behauptung, daß Hessen von Preußen übers Ohr gehauen ist, ist schon wiederholt zurückgewiesen worden. Hessen hat vielmehr bei dem Abkommen ein gutes Geschäft gemacht. Die Anfrage des Abg. Schwabach kann ich bejahen. Abg. Graf Kanitz (Kon.): Mit der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft ist Hessen gut gefahren. Abg. Stolle (Sp.): Das Reichseisenbahnnamt ist eine Aufsichtsbehörde über die sämtlichen Eisenbahnen im Deutschen Reich. Es steht ihm die Kontrolle über das Tarifwesen zu. Auf diesem Gebiete sind Mängel geradezu schreiender Natur vorhanden. Ein Uebelstand ist zunächst der Mangel an Betriebsmitteln. Eine zweite Klage betrifft das Tarifwesen. Dieser Zerrissenheit und Zerfahrenheit muß endlich ein Ende gemacht werden. Auch die Unfallstatistik weist Zahlen von Verletzten und Getöteten auf, beträchtlicher als in einer blutigen Schlacht. Wenn der Präsident des Reichseisenbahnnamts erklärt, die Lohnkassen und Betriebserteilung sei Sache der Einzelstaaten, so sage ich: „Nein, Herr Präsident, von der Höhe und der Länge der Dienstzeit hängt die Sicherheit des Betriebes ab und darüber hat das Reichseisenbahnnamt zu wachen. Die Klagen der Überbürdung sind ganz ungemein. Auch die königstreuen Eisenbahner kommen zu diesen selben Schmerzensschreien. Abg. Vitz (Nat.) tritt für die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens ein. Abg. Dr. Blunk (Sp.) beklagt die Höhe der Tarife für Milchfutter, die wieder nur im Interesse des Großgrundbesitzes liegen. Abg. Werner (Anti.) wünscht eine gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit für das Lokomotivpersonal. Präsident Wackerjapp: Unter dem Wettbewerb der verschiedenen Eisenbahnerverwaltungen leidet keineswegs das Verkehrsinteresse. Die Betriebsicherheit auf den deutschen Bahnen ist besser als im Auslande. Abg. Fischer-Sonnen (Sp.): Die Arbeiter verlangen schnell und billig an ihre Arbeitsstelle zu gelangen. Die Schnellzüge sollten Wagen vierter Klasse führen. Die Zahl der Reisenden in der ersten und zweiten Klasse ist zurückgegangen. Die Arbeiter haben ein Recht auf ihre Wünsche. Der Etat wird bewilligt. Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Dienstag. Wahlprüfungen und Petitionen.

Preussischer Landtag.
Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 20. Februar.

Daß die Landtagswahlen ihre Schatten vorauswerfen, zeigte die Donnerstagssitzung des Abgeordnetenhauses. Die bürgerlichen Parteien sind samt und sonders auf die Stimmen der Mittelständler angewiesen, und so bemühten sie denn die Generaldebatte zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung zu Wahlreden, um dem Mittelstand einzufangen. Wenn auch nur der zehnte Teil dessen in Erfüllung geht, was die Kählerdt (Freikonz.), Karow (Konj.) und Euler (Zit.) den Handwerkern versprochen, dann ist tatsächlich die Zeit hereingebrochen, wo das Sprichwort vom goldenen Boden des Handwerks sich verwirklicht. Aber diese Herren mögen reden, was sie wollen, sie mögen innerlich selbst fest von der Richtigkeit ihrer Ansichten überzeugt sein, den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung können auch sie nicht aufhalten. Und im Grunde genommen sind es ja nur Gewaltmittel, die die Herren vorschlagen. Alles, was dem Handwerk Konkurrenz macht, soll erdröhelt werden, auf der einen Seite die armen Hausierer, die Herr Karow geschmackvoll als Spitzbuben bezeichnete, auf der anderen Seite die kapitalstarken Warenhändler und die Kontingenzvereine der Arbeiter und Teamten. Natürlich wurde zwischenzeitlich auch weidlich über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten geredet. Dies beliebte Thema gehört nun einmal zum Programm der bürgerlichen Parteien, und daß ausgerechnet Herr Rosenow der letzte Krieger im Streit gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist, kennzeichnet den Tiefstand der Fortschrittler. Ob Herr Rosenow sich gegen Ausnahmegeetze erklärt und die heutigen Geetze für ausreichend hält, fällt nicht ins Gewicht gegenüber der Tatsache, daß er durch seine Rede Wasser auf die Mühle der Schwarzmacher gegossen hat.

Für die Interessen der Arbeiter trat nur der sozialdemokratische Redner Genosse Borchardt ein, der nachwies, daß die Arbeiter einen verhältnismäßig geringen Vorteil von dem industriellen Aufschwung haben, und gegenüber der wieder erhobenen Forderung auf Jaktaturen des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauordnungen bemerkte, daß dadurch der Bauzins nicht mehr befristet wird, sondern daß es nötig ist, endlich einmal ernstlich der Terrampelation zu Leibe zu gehen. Dem Märchen vom sozialdemokratischen Terrorismus desgenate unter Redner gewahrt mit einer Fülle wirklicher Terrorismustfälle der Unternehmer. Nachdem noch der red-nationalliberale Abg. Dr. Sch. ...

Am Freitag wird die Erörterung durch die Erledigung kleiner Vorlagen, Initiativeanträge und Petitionen unterbrochen.

Sitzung vom 21. Februar.

Das Abgeordnetenhaus hat am Freitag zunächst das vom hiesigen Abgeordneten Wassergeleg ein bioc angenommen und sich sodann mit kleineren Vorlagen beschäftigt. Die Vorlage betreffend den Ausbau der nördlichen Oder gab unserem Genossen Schneider Gelegenheit, warm für die Interessen der Kleinrentner einzutreten, die durch die Erhebung von Schiffahrtsabgaben vermindert oder doch wesentlich eingeschränkt werden kann, und die Forderung der Redner gegen ein wirklich großzügiges Wasserfahrtsprogramm während zu kennzeichnen. Das Resultat der Debatte war die Ueberweisung an eine Kommission. Gleichfalls einer Kommission überwies das Haus den konterfeißen Antrag, der die Regierung ersucht, in Zukunft alljährlich einen Fonds zur Unterstützung der auf Befämpfung des Kindersterbens gerichteten sanitären Bestrebungen bereit zu stellen. Ein

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 20. Februar.

Die zweite Beratung des Postetats wird fortgesetzt. Sie beginnt mit der Abstimmung über die Odenkronenulage. ...

Nach ist der Antrag natürlich durchaus berechtigt, aber die Art wie der Abgeordnete v. Wendt ihn begründete, läßt darauf schließen, daß es den Antragstellern weniger um die Sache, als um die Befolgung parteipolitischer Ziele zu tun ist — eine Vermutung, die um so wahrscheinlicher ist, als die schwarzblaue Mehrheit vor knapp einem Jahre einen ganz ähnlichen, von der Sozialdemokratie ausgehenden Antrag rundweg abgelehnt hat, nur weil die Sozialdemokraten ihn gestellt hatten. Genosse Hirsch, der sich im Prinzip mit dem Antrag einverstanden erklärte, wies denn auch auf das doppelzünigige Verhalten der Konservativen hin. Im übrigen forderte Hirsch die Unterstützung aller Korporationen ohne Unterschied der politischen Tendenz, die sich die Bekämpfung des Kinderelends zur Aufgabe machen, vor allem auch die der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Kinderschutzkommissionen. Den Schluß der Sitzung bildete die Beratung von Petitionen. Am Sonnabend wird die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt.

Sturm im Junkerparlament.

Im Abgeordnetenhause stand das Barometer am Sonnabend wieder einmal auf Sturm. Schon bei der Rede des Abgeordneten v. Wendt kam es zu einem Konflikt mit dem Präsidenten, weil Herr v. Wendt ein in dem Kapitel „Gewerbeinspektion“ durchaus seine Märchen über sozialdemokratischen Terrorismus an den Mann bringen wollte. Man kann es dem junkerlichen Scharfmacher nachfühlen, wie unangenehm es ihm war, als er nach wiederholtem Ordnungsruf die Tribüne verlassen mußte. Aber war es wirklich nötig, aus diesem Anlaß wuschraubend im Saale herumherzulaufen und mit Donnergepolter seine Akten auf den Tisch zu werfen? Gerade den Konservativen, die so viel mit ihrer guten Erziehung prahlen, sollte doch so etwas nicht passieren, am allerwenigsten aber sollte man das von einem Manne erwarten, der wie Herr v. Wendt zu den Schriftführern des Hauses zählt.

Im Verlauf der weiteren Debatte, in der von Rednern verschiedener bürgerlicher Parteien, unter anderem auch von Herrn Dr. Mugdan gegen die Bäderverordnung Sturm gelassen wurde, ergriff auch Genosse Borchardt das Wort, der in kurzen, knappen Zügen die Bernachlässigung des Arbeiterschutzes kennzeichnete und mit den Gegnern des münzigen Bäderarbeiterschutzes Abrechnung hielt. Zum Beweis für die Rückständigkeit gewisser Bädermeister bezog sich unser Genosse auf einen Artikel, worin die Bädermeister sich lebhaft belügen, daß sie von der Bekämpfung Krebsens im Jahre 1813 keinen Vorteil gehabt haben. Borchardt stellte dies Verhalten der Bädermeister in Parallele mit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu Berlin und ironisierte den Hurrapatriotismus des Berliner Kommunalreformers. Das war zunächst für Herrn Mugdan ein und hinterher für Herrn Cassel das Signal, Proben eines Byzantinismus an den Tag zu legen, der von keinem Kriegervereiner auch nur entfernt erreicht wird. Es war etekheit, das Schmelzmedeln dieser Freisinnshelden mit anzusehen, für das Genosse Vietnecchi die einzig richtige Bezeichnung fand. Die Rechte jubelte vor Begeisterung über die Phrasen der Mugdan und Cassel, die durch diesen Beifall der Reaktionäre zu immer neuen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie ergoffen wurden und sich an ihren eigenen Worten berauschten. Insbesondere Herr Cassel erinnerte lebhaft an die bereits von Vietnecchi so treffend charakterisierte Bourgeoisie, die Feste feiert, wo sie Anlaß hat, über das Vordringen der Reaktion einmal ernsthaft nachzudenken. Vietnecchi fand demgegenüber die richtigen Worte, indem er nachdrücklich betonte, daß es für alle wahren Freiheitskrieger nur eine Art der Jahrhundertfeier der Freiheitskriege gebe, nämlich aufs neue das Gelöbnis des unermüdbaren Kampfes gegen die Reaktion abzulegen, damit das so schmählich betrogene Volk endlich zu seinem Rechte kommt.

Nebenher ging eine maßlose Heße des Herrn Mugdan gegen die Sozialdemokratie, eine Heße, wie wir sie bei uns aus den Zeiten her gemöhnt sind, wo er noch nicht aus dem Reichstag hinausgewählt war. Ermöglicht wurde ihm seine Rede allerdings nur dadurch, daß er unserem Genossen Borchardt die Worte im Munde umdrehte.

In verhältnismäßig ruhiger Weise unterzieht man sich dann über die Lage der Binnenschiffer, deren berechtigte Klagen Vietnecchi in beredter Weise vortrug, sowie über das Fortbildungs-schulwesen, das nach dem Willen der konservativ-kerikalen Regierung ebenso der Kirche ausgeliefert werden soll, wie das Volksschulwesen.

Erst am Schluß der Sitzung kam es wieder zu lebhafteren Szenen, als Abgeordnete v. Wendt und mehrmütig Abbitte leistete und der Konservative v. Arnim dem Präsidenten einen leisen Küßel erteilte, weil er Borchardt wegen des Ausdrucks „Reichstagenverband“ nicht zur Ordnung gerufen hatte. Der Präsident, Graf Scherwin, ließ durchblicken, daß er diese Bezeichnung in Zukunft nicht mehr ungerügt durchgehen lassen wird, während Genosse Borchardt zu verstehen gab, daß er sich darüber keinerlei Vorwürfe machen lassen wird.

Die nächste Sitzung, in der der Handelsetat zu Ende beraten und der Etat der Bergverwaltung in Angriff genommen werden soll, findet erst am Dienstag statt.

Danzig.

Zu dem Falle „Seegel“ auf der Kaiserlichen Werft wird uns noch geschrieben: In der Nr. 43 der Danziger Neuesten Nachrichten wird unter „Eine Sensationschmiede“ eine Verhöpfung über die Zeitungen, namentlich im Falle des Dr. Seegel von der Kaiserlichen Werft, gebracht. Es wird behauptet, daß die Verhaftung Seegels gemeldet wurde, bevor ein Haftbefehl ergangen war. Bekanntlich war die Volkswacht die erste Zeitung, welche in der Nr. 14 bestimmte Angaben über die Verhaftung und Bekämpfung des Seegel machte. Die Volkswacht weiß ganz selbstverständlich, daß bei derartigen Angaben Mißverständnisse usw. vorhanden sein können. Die Volkswacht war aber in diesem Falle gezwungen, im Interesse ihrer Auftraggeber schnell und energisch zu handeln, denn die Art der Verhaftung und Haussuchung durch die Polizei hat uns hierzu Veranlassung gegeben. Bemerkenswert wollen wir, daß erst durch die Staatsanwaltschaft belastendes Material über Seegel, der weder Dr. noch Ingenieur ist, bei der Haussuchung zu Tage gefördert wurde. Vielleicht ziehen die wahrheitsliebenden Leser an zuständiger Stelle über die wirklich vorgekommenen Tatsachen Erkundigungen ein, und sie werden sich dann wohl überzeugen müssen, daß es die höchste Zeit war, daß wir die wahren Tatsachen über Seegel veröffentlichten mußten, um Licht in diese dunkle Angelegenheit zu bringen. Werden die angeblich so gut antwortenden Danziger Neuesten Nachrichten ihren Lesern mitteilen, wo „Dr.“ Seegel vom Donnerstag, den 13., mittags bis Sonnabend, den 15. d. M., vormittags, gewesen ist? Der Kaiserlichen Werft empfehlen wir, falls durch den Seegel, welcher von der Behörde, obwohl er erst 8 Monate beschäftigt war, Beamtenrechte hatte, Bestrafungen an Technikern und Arbeitern vorgenommen oder zur Anzeige gebracht sind, dieselben rückgängig zu machen.

Gleichzeitig können wir auch hier, wie leider in vielen Fällen, sagen: Wenn das Kind ertrunken ist, deckt man den Brunnen zu. Zurzeit werden Erhebungen seitens der Werft über die Personalien der Beamten und Ingenieure ob deren Echtheit geführt. Darum muß das bestehen bleiben, was wir

gefragt haben: würde bei Einstellung von Beamten das selbe Verfahren wie bei den Arbeitern angewandt, dann wäre der Fall Seegel unmöglich gewesen.

Christlicher Terrorismus des Westpreussischen Verlages. Just zur selben Zeit, als das fromme „Westpreussische Volksblatt“ in seiner überströmenden christlichen Liebe indirekt über die selbe Tat des Mordmörders Kunscht frohlockte, und diesen noch in Schutz nahm, weil er angeblich unter dem sozialdemokratischen Terrorismus zu leiden hatte, übte der Verlag des Westpreussischen Volksblattes Terrorismus in einer Weise, wie er brutaler wohl selten in die Erscheinung tritt.

Im Buchdruckerberuf besteht seit 1893 eine Buchdruckerorganisation, die von Streikbrechern gegründet, vor einigen Jahren sich den christlichen Gewerkschaften angeschlossen, nachdem sie von den Hirsch-Dunkerischen abgewiesen worden war. Dies armeneliche Häuflein rückerfalliger Menschen nennt sich Gutenbergbund. Jeder christliebende Buchdrucker stellt eine Gemeinschaft mit diesen Leuten weit von sich, und schließt sich dem Verbandsstreikstrengste Neutralität über. Aus diesem Grunde kommt das gelbe Streikbrechergebilde auch nicht vorwärts, trotz der größten und intensivsten Agitation der christlichen Gewerkschaftssekretäre, der Geistlichen, der scharfmacherischen Prinzipale, und sonstiger kleiner und großer Geister. Als alles nichts half, griff man zum Terrorismus, indem man die in den Zentrumsdruckereien arbeitenden Verbandsmitglieder zu Gutenbergbündlern machen wollte. Da dies aber nur in sehr wenigen Fällen gelang, wurden die Verbandsmitglieder entlassen und durch die „nützlichen Siebmonatskinder“ ersetzt.

Auch der Westpreussische Verlag, dessen Aktionäre zum größten Teile Vertreter der christlichen Liebe sind, importierte im vergangenen Sommer aus Hinterpommern fünf Gutenbergbündler, nachdem er einige Wochen vorher drei Verbandsmitglieder entlassen hatte. Die Rechnung ging nun dahin, daß die dort beschäftigten Verbandsmitglieder in heller Angst zum Gutenbergbunde übertraten würden. Aber nur eine Seele wars, die gewonnen wurde. Ein mit untergeordneten Arbeiten beschäftigter Setzer glaubte durch seinen Hebertritt wohl ewige Arbeit dort zu haben. — Als sich dann immer noch keiner meldete, wurde wieder ein Setzer entlassen. Der Korrektor wurde entlassen.

So standen die Dinge, als wir im Herbst des vergangenen Jahres das Gehahren der Firma kritisierten. Darob große Enttäuschung in dem frommen Blatte. Es erklärte, daß die Gutenbergbündler nur „wegen Vergrößerung des Geschäfts“ eingestellt worden seien. Mit besonderer Ravour vermeldete es, daß niemand nach seiner Organisationszugehörigkeit gefragt wird und keiner wegen seiner Verbandsmitgliedschaft entlassen werde soll. In unserem Antwortartikel schrieben wir u. a.: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein, wir fehlt der Glaube!“

Wir recht wir mit diesen Worten hatten, zeigt die Gegenwart. Nachdem noch ein Setzer zum Militär eingezogen wurde und der Korrektor durch ein Mitglied der gelben Garde ersetzt wurde, zeigte sich doch zur Genüge, daß die Redensart von der „Vergrößerung des Geschäfts“ pure Unwahrheit gewesen ist und daß die Gutenbergbündler nur zur Verdrängung der Verbändler eingestellt worden waren.

Handelte es sich bei den früheren Entlassungen um Arbeiter, die bis zu fünf Jahren in der Druckerei beschäftigt waren, so hat man gegenwärtig stärkeres Geschäft aufgefunden und zwei Setzer gekündigt, die zehn resp. elf Jahre in dem Betriebe gearbeitet haben. Es handelt sich bei diesen beiden, wie damals bei dem Korrektor, um tüchtige und nützliche Arbeiter. Beide sind Katholiken, einer davon sogar noch tätiges Mitglied des Volksvereins. Es muß eine ganz eigenartige Geschäftsleitung sein, die gut eingearbeitete Personal entläßt, um neue Arbeiter einzustellen. Unter diesen Umständen ist es ja keineswegs verwunderlich, wenn wir noch immer nicht die 100 Mark bekommen haben.

Das sind laubere Praktiken eines Blattes, das gegen den nur in ihrer Phantasie bestehenden sozialdemokratischen Terrorismus wettert und Staatsanwalt und Regierung um Ausnahmeerlasse anruft. Auf der einen Seite wird ein arbeitsstarrer, feiger Mordmörder als Opfer des sozialdemokratischen Terrorismus hingestellt, weil es ihm angeblich nicht gelang, dauernde Arbeit zu finden. Auf der anderen Seite entläßt das fromme christliche Blatt aus seinem Betriebe Arbeiter, die sich in dauernden Stellungen befinden, und eine tadellose Führung hinter sich haben. Die Entlassungen haben nur den einen Fehler, daß sie erkannt haben, daß in einer einigen, starken Organisation Schütz zu finden ist vor allen Unbilden des Lebens. Dies kann selbstverständlich ein Bier nicht vertragen, das die Arbeiterzerpflitterung bis zur Spitze treibt. Was kümmert uns das fromme Blatt darum, daß Familienväter dem Hunger und Elend überantwortet werden. Es ist eine eigenartige Christlichkeit, die hier offenbar wird. Aber es wird die Aktionäre nicht abhalten, ihren Gläubigern zu predigen: „Lieber Herr Kästgen, wie Euch selbst.“ Das innerste Mark kann einem gefahren, ob solchen Christentums. Da sind wir Wirthen doch andere Menschen. Als die ersten Gutenbergbündler eingestellt waren, wurden sie vom Direktor gefragt, ob sie von den Verbandsmitgliedern terrorisiert würden. Sie mußten es bezeichnen und wundert sich über die gute Behandlung seitens der Verbändler, zugleich dabei betonend, daß sie es dort, wo sie die Mehrheit besäßen, schon ganz anders gemacht haben.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hat jetzt eine Mitgliederzahl von über 67 000 erreicht. Der Gutenbergbund bleibt immer auf seiner — stolzen Höhe von 3000 (!) stehen. 93 Prozent aller Berufsangehörigen gehören dem Verbands der Deutschen Buchdrucker an. Die restlichen 7 Prozent verteilen sich auf den Gutenbergbund und nicht organisationsfähige Buchdrucker. Die durch den Verband repräsentierte Macht ist ein Dorn in den Augen der scharfmacherischen Prinzipale und ihrer Helfershelfer; darum wird eben alles daran gesetzt, einen Keil in die geschlossene Reihe der Gehilfen zu treiben, um den Verband zur Ohnmacht zu zerbrechen. Die Buchdruckergehilfen haben alle Ursache, auf ihrer Hut zu sein und die Erfolge einer jahrzehntelangen Arbeit zu verteidigen. Für die Arbeiterschaft gibt es keine Ruhe, sondern kampfbereit sein ist alles. In einem schönen Buchdruckerliede wird die Situation lebenswahr gezeichnet, wir möchten uns dem anschließen und rufen mit dem Dichter aus:

Freunde, auf! zu neuem Kampfe bereiten!
Zu neuem Kampfe schließt die Reih'n, neues Werden — neues Streiten wird ja auch der Zukunft Lösung sein.
Wer das Schicksal will bezwingen und des Sieges Palme mit erringen, Folge weiterer Führer Rat allein.
— Einig, einig, laßt uns sein und bleiben, vorwärts, vorwärts, ist der Weg auch steil; hört es dralend durch die Lüfte treiben: Dem Verbands Blut und Heil!

Kirchensteuer-Insaug. So häufig auch schon gegen die mühselige Erhebung der Kirchensteuer von uns und in anderen Orten protestiert wurde, so erfinderisch ist die Kirchenverwaltung in immer neuen Maßnahmen zur Befähigung der Nichtsteuerpflichtigen. Es ist gar nicht zu sagen, wie unheimlich eifrig sich die Kirche um das Fortkommen derer bemüht, die in ihren Augen sonst Teufelskinder und zum Fegefeuer und Hölle verdammt sind. Die frühere Kritik scheint die evangelische Steuerverwaltung zu einem großen Unternehmen begünstigt zu haben. Sie scheint neuerdings der Meinung geworden zu sein, daß ihr alle diejenigen tributpflichtig sind, die nicht selbst den Nachweis führen, daß sie nicht kirchensteuerpflichtig sind. So unglaublich das klingen mag, so wahr ist das. Selbst unsere Genossen Bartel, Krügel, Lorentz,

Sellm usw., die schon seit Jahren in keiner Verbindung mit der Kirche stehen und Kirchensteuer nicht zahlen brauchen, erheben dieses gleichlautende Schreien:

Zwecks Regelung bezw. Inabgangstellung der auf Sie für 1913 veranlagten Kirchensteuer ersuchen wir Sie ergebenst, in den nächsten Tagen, vertikalisch, zwischen 9 und 1 Uhr, in unserem Bureau, Brotbüttengasse 13, vorzusprechen und diejenigen Beweispapiere — gerichtliche Austrittserklärung, Taufhelm usw. — vorzulegen zu wollen, aus denen ersichtlich ist, daß Sie nicht zur evangelischen Landeskirche gehören.

Sollte Ihre Ehefrau der evangelischen Landeskirche auch nicht angehören, so ersuchen wir ferner, auch deren Beweispapiere vorzulegen.

Hewelle, Pfarrer.

Diese Zumutung ist auch an einen Genossen gestellt, der sich vor zwei oder drei Jahren jede Befähigung verbat und bei dem darauf ein Angestellter des evangelischen Parochialverbandes in die Austrittsdokumente selbst Einsicht nahm.

Genosse Schwandke erhielt die Aufforderung, sich beim Parochialverbande vorzustellen, sogar nach Düsseldorf geschickt und mußte für diese kirchliche Liebeshandlung auch noch Strafporto zahlen. In diesem Falle ist die Aufforderung fast ein noch größerer Skandal als gegen die übrigen Genossen. Sch. ist schon 1898 aus der Kirche geschieden. Zum Ueberflusse mußte er sich noch im Jahre 1909 gegen eine kirchliche Steuerpändung wehren. Ihm mußten darauf „vielfach erhobene Kirchensteuern zurückgezahlt werden. Ueber seinen Fall existiert in dem maßgeordneten und göttlich gefügten Steuerbureau der Kirche sicher schon ein stattliches Aktenbündel. Trotzdem will man auch ihn zum Kotau vor dem Kirchenräfel zwingen.

Wie die kirchliche Steuerverwaltung ihren Anspruch begründet und mit welchem Recht sie die Opfer an Zeit und Lohn fordert, sagt sie nicht. Selbstverständlich ist niemand verpflichtet, dem Eruchen des Pfarrers Hewelle zu folgen, der übrigens die Berührung mit Sozialdemokraten, im Gegensatz zu seinem Langfuhrer Amtsbuder Luhe, nicht für beleidigend zu halten scheint. Mag die Kirche selbst sehen, wie sie ihre Steuerpänder in Ordnung bringt. Unferndlich bleibt, wie man sich immer wieder an die Leute heranwagen kann, von denen man schon Jahre lang keine Kirchensteuer erhoben hat und also bestimmt wissen muß, daß sie der Kirche nicht angehören. Gibt es denn keine Aufsichtsbefähigung, die in der kirchlichen Besteuerung für die notwendige Ordnung sorgt und die Ausgetretenen vor unnützer Befähigung schützt?

Bei der zähen Beharrlichkeit des kirchlichen Steuerfiskus ist zu erwarten, daß man alle diejenigen zur Steuer veranlagt, die dem obigen Verlangen nicht nachkommen. Deshalb machen wir darauf aufmerksam, daß diese selbst dann gegen die Veranlagung reklamieren müssen, wenn sie früher keine Kirchensteuer zahlten. Unterlassen sie die Reklamation, so wird die Steuer trotz des Austritts rechtskräftig, und der gute Magen der Kirche verdaut seelenruhig auch ihre Groschen.

Proletariers Sterben. Die bürgerliche Presse berichtet kurz und gedankenlos, so wie über einen verlaufenden Pudel, daß der Arbeiter Wilhelm Freiter am 17. Februar in der Buchdruckerei von Sauer in der Fleischergasse von einer Transmissionswelle erfaßt und getötet wurde. Was ist denn auch noch kapitalistischer Begriffen so großes geschah? Einfach ein Prolet weniger! Schließlich müssen wir nach Gottes unerforschlichem Ratsschlusse alle sterben, der eine früher und der andere später. Daß es nun gerade eine Transmissionswelle war, die einem Familienvater das Leben nahm und eine Witwe und zwei Waisen machte, ist ja vielleicht unangenehm, aber doch auch unvermeidlich. Darüber regt sich am wenigsten die gefühlsvolle bürgerliche Presse auf, die höchstens für ganz wichtige Dinge, wie Fürstinnenverlobungen, spaltenlangen Raum hat. Dabei zeugt gerade dieser Fall mit dramatischer Wucht für das proletarische Elend, das in unserer fortgeschrittenen Zeit noch auf der Arbeiter-schaft lastet. Der Gedanke war nicht etwa im heiligen Betriebe der Druckerei beschäftigt. Er wurde von dem Bauunternehmer E. Reichenberg beschäftigt, der die Renovierung der Beträckräume auszuführen. Die Arbeit wurde bei laufenden Maschinen so ausgeführt, daß die Arbeit auf Stiegen verrichtet wurde, die um die rollenden Transmissionsherumgebaut waren. Die Arbeit war natürlich im höchsten Grade lebensgefährlich. Schon am 11. Januar wäre ich fast einem Unfall zum Opfer gefallen. Eine Scheibe hatte sich auf der Transmissionswelle gelockert, war weiter gegittert und hatte den Unglücklichen vorhin erfaßt. Durch einen glücklichen Zufall kam er mit geringen Verletzungen davon, weil ein Klappen abfiel. Er starb am 22. Januar im Krankenhause und wurde nach der Veranlagung an die in gleicher Weise ausgeführte Arbeit setzten. Wieder passete ihn die Transmissionswelle, die Blase wurde ihm um den Hals gewürgt und er herumtauschelnd. Der Wund machte ihn bald von seinen Leiden.

Wie es übrigens war, daß die bürgerlichen Arbeiter unter dem Namen Karawander ausgefagt werden durften, bleibt uns unbekannt. Hoffentlich nimmt der Gewerbeinspektor und der Staatsanwalt die hier sehr gebotene gründliche Untersuchung vor.

Der schwarzblaue Wahlrechtsfeind Karow will sich nicht ohne weiteres als Landtagsabgeordneter abhelfern lassen. Die Parlamentarier und Arbeiter scheinen ihm so süß, daß er sie noch für Jahre genießen möchte. Die ihm verschaffene Mittelstandsvereinerung wurde veranlaßt, ihm am 17. Februar einen Vortrag über den Mittelstand betreffende Tagesfragen halten zu lassen. Da er an dieser Stelle eine Terrorismpause gegen die Sozialdemokratie halten konnte, so redete er Kraus und Hüben durcheinander. Es schien ihm auch sehr zu schmerzen, daß er durch das Fehlen seiner Zentrumsfreunde Klawitter und Krause bei der Stadtratswahl durchgefallen ist.

Herr Steinbrück sagte in der Debatte dem berühmten Parlamentarier aus den Pop zu, daß er eine unerbetene Kandidatur erhalten habe. Für den Fall, daß man sich wieder zu den konservativen verbünden wolle, fordert dieser Redner, daß man nicht wieder, wie bei der Reichstagswahl, über die Köpfe der Mitglieder hinweg beschleße.

Ein von den Räten seiner Klasse überzeugter Arbeiter liebt die Zeitung, die ihm im wirtschaftlichen und politischen Kampfe zur Seite steht. Er abonniert das Blatt, welches seine Interessen vertritt und weist die bürgerlichen Kapitalistenblätter aus dem Hause. Nicht im Raisonieren über schlechte Zeiten und habgierige Unternehmer liegt die Kraft, sondern in der Unterstützung der Arbeiterpresse, der

Bolschwacht!

English Club

eröffnet Sonnabend d. 1. März Portchaisen-Ecke Jopengasse

eine neue Filiale.

Spezial-Abteilung für

Herrn Hüte

Mützen Schirme Stöcke,

Wegen Raummangels in unserm Hauptgeschäft Breitgasse 106 und insbesondere der außerordentlich großen Nachfrage der von uns geführten Fabrikate in Herren-Hüten haben wir uns veranlaßt gesehen; eine reine Spezialabteilung zu eröffnen.

Unser Hauptgeschäft ist nach wie vor Breitgasse 106.

Durch unsern riesigen

Warenumsatz

und der dadurch ermöglichten großen Abschüsse genießen wir bei unsern Lieferanten die niedrigsten Einkaufspreise. Die Bewohner von Danzig u. Umgegend, die uns bisher so grosses Vertrauen entgegen brachten, werden sich daher bald ein Urteil gebildet haben, wo

die besten Qualitäten
die größte Auswahl
die niedrigsten Preise

zu finden sind.

Jeder Kunde erhält am Eröffnungstage ein Präsent

English Club Hauptgesch. Breitgasse 106
Filiale, Spezial-Hutgeschäft
Portchaisen-Ecke Jopengasse

Filialen in verschiedenen
Stadtteilen Berlins u. grös-
seren Städten Deutschlands

Stadt-Theater.

Die Generalsecke.
Sonnabend, den 2. März, abends 7 Uhr
Herrnhügel.
Sonnabend, den 2. März, abends 7 Uhr
Herrnhügel.

Mit zum Frauentag!

Sonntag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr, im
Café Bürgergarten, Danzig-Schödlitz (Steppuhn)

große öffentliche Frauenversammlung.

Die Frau im Kampf um ihre Staatsbürgerrechte.

Freuen und Mäddchen der Kreisstädte! Erhebet euch
gegen die Verhinderung. Es geht eine mächtige Bewegung
zu veranlassen gegen die Verhinderung der Frau in Staat und
Kirche für die volle Gleichberechtigung mit dem Manne.
Erhebet e. Mäddchen. Überwint die „Sozialwacht“ (von
Krieg 1871 für Frauen) Der Vorstand, J. K. & Sohn

Uhren

mit 3-jähriger 100% Garantie
Silberne Herrenuhren von Mk. 7,50
Silberne Damenuhren von Mk. 7,50
Goldene Damenuhren von Mk. 14,50
Wecker von Mk. 1,75
Reparaturpreise:
Eine Uhr reinigen Mk. 1,
eine Feder Mk. 1, ein Glas
15 Pf., Zeiger 10 Pf., Kanzel
20 Pf.
S. Lewy Nigr.
Uhrmacher, nur Breitgasse 28

Wilhelm Zamery
Glas- u. Bilderleisten-Handlung
Teleph. 2505. Danzig, Tischlergasse 47. Teleph. 2505.
Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in
der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.
Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

Frauen des Proletariats, heraus zum Frauentag am 2. März!

Danzig.

Streik bei der Firma Franz Hellwig in Odra-Stadtgebiet. Die Lagerarbeiter und Kutscher richteten am 20. Februar Forderungen auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung ein. Jede Verhandlung mit der Organisation lehnte Herr Hellwig ab. Mit seinen sehr „höflichen“ Äußerungen werden wir uns nächstens etwas eingehender beschäftigen. Wir richten an die gesamte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, diesen Betrieb zu meiden. Keiner falle seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken!

Deutscher Transportarbeiter-Berband. Verwaltung Danzig.

Reineke Fuchs. In erster Zeit ist der Humor noch mehr als sonst des Menschen bester Freund. Der heitere Schalk erfreut aber noch viel mehr, wenn er zur reinsten aller Freuden, zur Schadenfreude, sich gesellt. Und wie sollte er sich selbst nicht vor Lachen schüttern, wenn er den alten braven, den ehrliebenden, Reineke Fuchs wieder mal als Bsprediger erblickt. Wir hatten dieses Unbezahlbare aller Vergnügen. In Danzig ist unzählbar Schreckliches geschehen. Keumütig gesehen wir, daß wir sogar mehrere Tage vor den Fuchsschen Neuheiten Nachrichten die Verhaftung des angeblichen Dr.-Ing. Seegel auf der Kaiserlichen Werft mitteilten. Alles, was wir darüber schreiben und der Vorwärts mitteilte, ist wahr und auch von keiner unterrichteten Stelle zu bezweifeln gewagt. Darauf kommt es aber, wie schon gesagt, ganz und gar nicht an. Wir haben unendlich Schlimmeres getan: Vor Fuchs wußten und schreiben wir! Wir, die ganz und gar nicht gesinnungslos Sozialdemokraten. Das mußte erbarmungslos gerochen werden. Und so lasen wir denn am 20. Februar in der Fuchsschen Inseratenbeilage mit ganz ungemessenen Gefühlen die orakelnde Sensationschmiede. War das ein Veruß, gerade von dem Blatt, das spaltenlang die blutrünstigsten Mordgeschichten jenseit, über sensationelle Gelüste belehrt zu werden. Das aus Ärger und - Schamhaft gemischte Ragout spricht sogar von der Unverfrorenheit, mit der Unrichtiges behauptet wird. Lassen wir's hingehen. Etwas Saftiges mußte der kommandierte Fuchsjüngling doch schon schreiben, aus seiner eigenen Überzeugung selbstverständlich heraus. Aber das durfte doch nicht kommen: Die armen Behörden sollen mit unserm lieben Danzig in ein bedenkliches Licht gestellt werden, wenn solche Nachrichten verbreitet werden. Wir sind zurecht genug, einzuräumen, daß das Fuchsblatt zuerst die Vorbestrafungen Seegels detailliert mitteilte und so den Behörden den Vorwurf machte, bei der Annahme des Mannes mindestens stark fahrlässig gehandelt zu haben! Nebenher bekommt, ebenfalls ohne Namensnennung, die Danziger Zeitung noch etwas ab, weil sie unrichtigerweise über die neue Landesvertragsaffäre von Bräsen berichtet haben soll.

Was mögen wohl die Leser empfunden haben, die diese „auf Kombinationen und Gerüchten“ gebaute und „vom Hauche tödlicher Lächerlichkeit“ geweihte Katerpredigt kopfschüttelnd zerlesen mußten? Wir bedauern sie ebenso sehr, wie wir des Lachens befreiende Kraft erproben durften.

Eine gerichtliche Ufzhr des Magistrats. Die unpolitische Neutralität unseres liberalen und hochmodernen Magistrats behandelt alle Bürger nach gleichem Recht. Darüber hinaus kennt er nur noch die wahrhaft rührende Sehnsucht, allen Bürgern das Leben angenehm zu machen. Besonders gilt es für den Hochwohlwöhler, seine Degradierung der Bürger nach ihrer politischen Gesinnung zuzulassen.

Zeitweilig scheinen ihm alle diese sehr schönen Dinge aber doch wohl zu viel des Segens und nur darum beliebt er wohl gelegent-

liche Ausnahmen. Als Oberbürgermeister Ehlers noch lebte, beantragte die Freie Turnerschaft die Ueberlassung städtischer Turnhallen zu den Bedingungen, für die sie jeder andere Verein erhält. Nicht im Traum konnte den Antragstellern die Meinung kommen, daß der Magistrat in diesem Falle wie ein Kriegervereinsvorstand handeln könnte. Sie fügten jedoch zur Empfehlung des Antrages hinzu, daß sie dann nicht mehr gezwungen seien, die Vereinstätigkeit in Lokalen mit Alkoholkonsum auszuüben. Lange, sehr lange Zeit erhielt der Verein gar keine Antwort. Schließlich kam eine sehr liberale und genau so unparteiliche. Darin verweigerte der Magistrat die Turnhallen mit der unentwegten Behauptung, daß die freie Turnerschaft eine „parteiliche“ Organisation sei. Diese Behauptung hatte der spezial liberale Stadtrat Loop unterzeichnet, ohne den geringsten Beweis dafür zu nennen. Nach ihm und dem Magistrat ist also die turnerische Organisation der Arbeiterschaft nicht nur politisch, sondern darüber noch weit hinaus sogar parteipolitisch. Würde das jemand anders sagen und nicht beweisen, so würde er sich den Vorwurf der Denunziation gefallen lassen müssen. Der Magistrat ist aber chemisch rein neutral und deshalb ist er gegen eine solche Beurteilung selbstverständlich geschützt. Unerhört bleibt es auf jeden Fall, daß er solche schwerwiegenden Beschuldigungen, was keinem Gericht erlaubt ist, erhebt, ohne eine Verteidigung oder Widerlegung zuzulassen. Trotzdem sichert er sich dadurch keine Unfehlbarkeit.

Die gerichtliche Nachprüfung seiner Behauptung, daß die Freie Turnerschaft eine politische Vereinigung sei, hat nunmehr doch stattgefunden. Die Strafkammer in Stade in der Provinz Hannover hatte mehrere Mitglieder des Arbeiterturnerbundes bestraft, weil sie sich geweigert hatten, die für politische Vereine geltende Pflicht, das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder bei der Polizei einzureichen, zu erfüllen. Das Oberlandesgericht in Hannover hob indes das Urteil auf. Es rügte besonders, daß die Strafkammer die politische Tätigkeit der Freien Turnerschaft und des Arbeiterturnerbundes schon dadurch nachgewiesen glaubte, weil sie „von verschiedenen Gerichten einwandfrei festgestellt“ sei. Diese Art der Beweisführung, die der des Danziger Magistrats sehr nahe kommt, lehnte das höhere Gericht als zu bequem und nicht als beweisend ab. In der neueren selbständigen Prüfung des politischen Charakters des Arbeiterturnerbundes kam dann die Strafkammer zu einer Entscheidung, die seinem ersten Urteil direkt widersprach. Sie stellte nunmehr fest, daß die Freie Turnerschaft in keiner Weise politisch ist und sprach die Angeklagten frei.

Berurteilt bleibt noch dieser Entscheidung die Danziger Magistratspraxis, die aus einem jetzt sogar gerichtlich für unwahr erklärten Grunde einem Teil der Bürger offenkundiges Unrecht tut. Wir sind neugierig, wie sich der Magistrat zu diesem Richterpruch stellen wird. Auf jeden Fall wäre gut, wenn die Leitung der Freien Turnerschaft ihm die Entscheidung dadurch erleichtert, daß sie ihren Antrag unter Berufung auf dies hier besprochene Urteil wiederholt.

Neuer Landesvertrag? Die Danziger Zeitung teilt am 19. Februar, abends mit, daß in Bräsen durch den Staatsanwalt und Kriminalbeamte Vernehmungen stattfinden, weil gegen zwei Personen v. A. und P., wie sie überaus rücksichtslos nur andeutet, der Verdacht auf Landesverrat bestehe. Sie sollen Beziehungen zu Frankreich gehabt haben.

Es ist doch merkwürdig, wie sich die hochpatriotische Kriegsbegeisterung gerade in staatsverhaltenden Kreisen äußert.

Den Kampf gegen den Alkohol führt der Bund abstinenter Frauen praktisch sehr zweckmäßig durch Vermittlung der bekannten Kaffeewagen, von denen warme Getränke usw. billig verkauft werden. Nach der Feststellung in der unlängst abgehaltenen Generalversammlung des Vereins sind im verflochtenen Jahre verkauft worden: 20 151 Tassen Kaffee, 2469 Tassen Bouillon, 40 Tassen Milch, 3900 Flaschen Limonade, 15 123 Paar Wiener Würstchen, 34 891 Stück Gebäck und 2400 Eier. Diese Arbeit des Vereins

hat unsere vollste Zustimmung. Wir wünschen ihm dabei noch größere Erfolge. Klagen über die Beschaffenheit der Waren sind uns noch nicht mitgeteilt. Es hat uns jedoch nicht gefallen, wenn die Wagenführer bei starkem Schneefall sich quälen mußten, das Gefährt zu transportieren. In solchen Fällen müßte ihnen die unbedingt notwendige Hilfe gestellt werden.

Vollrichter. Bei der Auslosung der Geschworenen für die am 24. Februar beginnende Schwurgerichtsperiode ist wieder eine Auswahl erfolgt, die die Zusammensetzung des Volkes ebenso glücklich wiedergibt, wie das Vertrauen in der Rechtsprechung stärkt. Die 29 Geschworenen setzen sich wie folgt zusammen:

- 8 Rittergutbesitzer und Besizer;
 - 7 Unternehmer, Kaufleute und Rentiers;
 - 14 Professoren und frühere Beamte.
- Nicht ein einziger Arbeiter, kleiner Angestellter oder Beamter befindet sich unter den Ausgewählten. Um so weitausvoller und unerschütterlicher müssen bei dieser Klassenföderung aber auch die Urteile ausfallen. Nebenbei kann auch die Behauptung der Klassenjustiz gar nicht gründlicher widerlegt werden.

Überfallen und seiner ganzen Barmittel beraubt wurde am Freitag, den 21. Februar, abends gegen 8 1/2 Uhr, auf der Plehnendorfer Chaussee der Schlosser Leo Kaschubowski. Kaschubowski ist auf der Königl. Schiffsreparaturwerft in Groß-Plehnendorfer beschäftigt und legt den Weg zu seiner in Danzig, Schlüsselbamm, belegenen Wohnung täglich abends zu Fuß zurück.

In letzter Woche merkte K. bereits in der Gegend des Galtbaues zum blauen Stern, daß sich Gestalten um ihm in auffälliger Weise bemerkbar machten. Am Donnerstag, den 20., abends, verfolgte nun ein Individuum den K. fortgesetzt, so daß dieser schließlich flüchtete. Freitag abend, als K. schon glaubte bald das Werdertor erreicht zu haben und frei aufatmete, erhielt er ungefahr an der Stelle der Kreuzung der Chaussee durch die Kleinbahn, in der Dunkelheit plötzlich von hinten mit einem Stock oder Latte einen schweren Schlag über den Kopf, der ihn auf der Stelle niederstreckte. Der Räuber bearbeitete nun noch das Gesicht des Wehlofen mit einem Schlagring oder anderen scharfen Gegenstand und spaltete hierbei dem Überfallenen die Oberlippe. Dann durchsuchte er die Hosentaschen, riß die Weste auf, um auch die inneren Seiten genau zu durchsuchen, eignete sich den fäuer verdienten Wochenlohn im vorhandenen Betrage von 16,85 Mk. an und suchte das Weite. Passanten fanden den Bedauernswerten im bewußtlosen Zustand später auf der Chaussee liegen und halfen diesen nach Kenntnisaufnahme der Vorgänge nach seiner Wohnung.

Als Seitenstück zu diesem Überfall wird uns noch folgender Vorfall gemeldet: Als am Donnerstag, den 20. d. Mts., ein Fr. Albrecht mit ihrem Dienstmädchen von Heubude kommend, abends etwa um 8 Uhr, die Breitenbachbrücke passierte, wurde dieselbe angefallen und ihrer ganzen Bauschaft im Betrage von 16 Mark beraubt. Hiernach scheint es um Danzig herum abends nicht ganz geheuer zu sein. Auch von Überfällen in der Wäe, welche in später Abend- resp. Nachtstunde verübt worden sind, wobei diese Individuen verschont werden konnten, wurde mehrfach berichtet.

Der zehnte Bezirk des sozialdemokratischen Vereins Danzig Stadt hielt am 21. d. M. eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Genosse Gohl referierte über die Landtagswahlen, und gab Anleitungen wie in den Bezirken zu arbeiten sei. In der Diskussion, in welcher alle Redner ein reges Interesse bekundeten, wurde dem Redner voll zugestimmt. Gegenüber der Stellungnahme der neuesten Nachrichten wurde eine eifrige Agitation für die Volkswacht beschlossen und eine besondere Kommission damit beauftragt.

Noch einen andern habe ich gefannt, der vollkommen verpufft erzogen war. Auch dieser Mensch war ein großer Freund des Alkohols und betrunken ein Kaufbold schlimmster Art. Er war dann auf keine Weise zu bändigen. Oefters verprügelten ihn seine Gegner so, daß er wochenlang krank darniederlag. Wiederholt saß er im Gefängnis. Die letzte Strafe erhielt dieser europäische Alkoholiker, weil er drei Familien in schwerer Weise mißhandelte — die Leute mußten vor dem Wütenden durch die Fenster flüchten — eine Menge Hausrat zerstückt und „men ganzen Nachmittag hindurch die Einwohner eines Grundstücks in Schrecken versetzte. Er gab nicht eher Ruhe, bis er von einer Uebermacht umringt und mit Holzschichten niedergeschlagen worden war. Vor Gericht hatte dieser Mensch noch Glück. Weil er mit ihm verfahren wurde, verweigerte die am schwersten betroffene Familie ihr Zeugnis und so kam er mit einem Jahre Gefängnis davon. Die Strafe ist verbüßt und heute hat der Betreffende ebenfalls Weib und Kind. Wer aber den Mann kennt, weiß, daß die Bestie in ihm jeden Augenblick neu erwachen kann und sicherlich auch erwachen wird. Und wenn das geschieht, bringt der Staat dieses unglückselige Geschöpf nicht etwa dauernd in eine Heilanstalt — denn besondere Einrichtungen für die auf der Grenze zwischen Berrücktheit und geistiger Gefundheit Einbergschwankende haben wir nicht! — sondern ins Gefängnis. Da wird der Sträfling mit zehn oder zwölf Gefährten auf einem unmanuerten Hof Holz klein machen und wird Sonntags in seiner Zelle hin und wiedergehen, wie ich heute in der meinen — fünf Schritte zum Fenster, fünf zur Tür — und wird vielleicht, weil er an nichts besseres gewöhnt ist, finden, daß das Gefängnis eigentlich gar kein so sehr abschreckender Ort sei. Ich freilich frage mich, warum der Staat die Millionen, die er für Gefängnisse und Zuchthäuser ausgibt, nicht lieber für Schulen verwendet, warum der Staat Trunkenbolden die Zeugung von Kindern gestattet, frage mich, warum der Staat nicht resolut einen Kaiserstuhl macht und die Herstellung und den Verkauf von Branntwein verbietet. . . . Die Kiesel stören. Vater Staat will nicht, daß ich mir über so unnötige Dinge graue Haare wachsen lasse und schickt mir den Gefängnisbarbier. Ich muß das Fortspinnen meiner Gedanken abbrechen.

Gefängnisgedanken.

Schizze von Gustav Schöder

Ein Regentag. Draußen deckt ein grauer Himmel dunkel die Erde. Und in meiner Zelle ist's noch dunkler. Jeder Gedanke an eine Tätigkeit ist ausgeschlossen, ich kann weder lesen noch schreiben. So gehe ich umher und grübele . . .

Fünf Schritte hin und fünf Schritte zurück. Weiter reicht mein Reich nicht. Mein Reich? Ach, nicht einmal über die sieben oder acht Quadratmeter der Zelle bin ich Herr: an der Wand hängt die Gefängnisordnung, neben ihr die Hausordnung des Gefängnisdirektors. Und in beiden Erlaffen drängen sich Verdote und Strafandrohungen.

Fünf Schritte nach dem Fenster und fünf Schritte nach der Tür. . . Mindestens eine Stunde schon laufe ich so umher. Wie ein Eisbär im Käfig. Ist das unsere so oft begehrte geistige „Kultur“? Ein Staat, der dem Gefangenen nicht einmal das geringste Tageslicht gönnt, das unser nordisches Klima um diese Zeit spendet! Schwere Eisengitter vor dem winzigen Fenster doch oben an der Decke und doppelte Scheiben abgeblendeten Glases — was hat diese Maßregel mit dem Zweck der Strafe zu tun? Nicht quält sie und dem Staat nützt sie nichts.

Wieder fünf Schritte. Warum sperrt der Staat mich überhaupt ein? Ich soll mich bessern. Schön. Aber habe ich mehr Besserung nötig, als mein Kollege in Breslau? Auch den hat derselbe Minister verurteilt, dem ich dieses Quartier verdanke. Es war Wort für Wort der gleiche Artikel und jeder von uns Sündern wurde zum erstenmale mit einer Freiheitsstrafe belegt. Und doch — in Breslau drei, in Danzig sechs Monate unter gleichen Umständen für das gleiche Vergehen! Was ist das für eine Gerechtigkeit, die so Recht spricht!

Fünf Schritte hin und fünf Schritte her. . . Heute ist der einunddreißigste Tag meiner Gefangenschaft. Noch einhundertdreizehn Tage. Ich rechne. Das sind noch zweitausendsebenhundertzwanzig Stunden oder einhundertzweihundertsechzigtausend-

neihundertzwanzig Minuten. Wie viele dieser Minuten werden kleine Ewigkeiten für mich sein . . .

Wieder fünf Schritte. Wie mag dem zu Mute sein, der sein ganzes Leben in solchen Mauern zubringen muß? Der würdlich eine schlechte Tat zu bereuen hat? Ich habe mein gutes Gewissen. Weiß auch, daß die Besten der Menschheit den Kerker einem Opfer ihrer Ueberzeugung vorzogen. Giordana Bruno, Huß, Schubart auf dem Höhenaperg. Über ein R o r d e r! Ein Mensch, der zu lebenslänglichem Eingesperrtsein verurteilt ist, dem seine Tat in nächstem Traum lebendig wird, der zwanzig, dreißig oder gar wie jener Scheiter in dem schlesischen Zuchthaus, vierundfünfzig Jahre den Lechnen in der Ede der Zelle bewacht. Eine solche Sühne ist nichterblicher als jede Last, schrecklicher als der Tod auf dem Scaffel. Wäre noch ein Restchen des alten frommen Aberglaubens in mir, ich würde niederstürzen und, die Hände fletend, den Himmel anflehen, die Meinen vor einem solchen Schicksal zu bewahren. Denn auch die Mörder und die Diebe sind Opfer von Verbrechen, die ihre Erzeuger oder die Gesellschaft an ihnen begangen. Einst waren auch diese Ausgestoßenen kleine menschliche Knaben, und manche Mütter, die heute Kinderzeug nahe, ahnt nicht, daß der Rube, den sie unter dem Herzen trägt, einst vom Staat wie ein wildes Tier gejagt werden und hin- Gefängnisraum enden wird.

Jhr sagt, der Staat müsse seine Angehörigen schützen. Gewiß, das muß er. Aber muß er sie so schützen? Warum baut der Staat nicht vor? Ich kannte einen Klempner, der traf den Branntwein wie Wasser. Tag für Tag zwei Liter. Und auch seine Frau trank. Die beiden hatten sechs Kinder. Und der Mensch rühmte sich im Kreise seiner Kameraden, kein Kind in nächstem Zustand erzeugt zu haben! Sechs Kinder! Sechs Stammväter von Idiotenfamilien, von Verbrecherstippen! Und der Staat sieht ruhig zu, daß ein solches Individuum Kinder in die Welt setzt. Er mag ein Duzend und mehr zeugen, der Staat wendet gegen diese Bevölkerung der Bevölkerung nicht eines seiner Wapenmittel an. Noch immer ist die Trunksucht kein Ehescheidungs-

Aus Westpreußen.

Obing. Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar 1913.

Die Tagesordnung weist nicht weniger als 32 Punkte auf. Gemäß ein recht stilles Arbeitspensum. Daß ein solches nur unter Beibehaltung der Verhandlungen an einem Abend erledigt werden kann, bedarf keiner weiteren Betonung. Die Beschlüsse der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar 1913 sind bereits am 9. Uhr erörtert worden. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Vorsitzende zwei Eingaben hiesiger Bürger zur Verlesung. Die erste Eingabe betraf eine Beschwerde der Schlossermeister Reumann und Hoff, die bei der Ausschreibung von Arbeiten am Kalkwerk neben Überprüfen waren. Sämtliche anderen Schlossermeister des Ortes waren von der Baubehörde zur Einreichung von Offerten aufgefordert worden. Auch war das Gelände bei einem auswärtigen Unternehmer der Fall, nur die beiden Schlossermeister wurden außer Acht gelassen. Mit Recht wurde hierin eine unbillige Zurücksetzung erblickt und mußte solche in weiten Handlungsfeldern lebhaften Unwillen auslösen. Die Stadtverordneten Teromin und Trille übten auch gebührende Kritik an dem Verfahren der Behörde und verlangten gleichmäßige Behandlung aller Bürger und öffentliche Ausschreibung der zu vergebenden Arbeiten. Die zweite Eingabe enthielt den Antrag der Feuerwehrgesellschaft und hatte das Bestehen um Verbesserung der Gesellschaften zum Inhalt. Bezüglich der Feuerwehrgesellschaft als Vertreter des Magistrats gegen die Behörde. Nicht minder war das Argument, mit denen der Magistratsvertreter operierte, um dieses Gesetz in Fall zu bringen. Es wurde ihm dann auch besonders von unseren Genossen geantwortet, daß, wenn die Stadtverordnetenversammlung mit gleichen Argumenten antworten würde, wenn es sich um Verbesserung höherer Preisen handelt, die letzteren alsdann verweigert werden könnten. Die Abstimmung über einen Antrag unserer Genossen, welcher den Magistrat ersucht, der Bitte der Feuerwehrgesellschaft die Einstellung des Etats des Feuerlöschwesens möglichst zu entsprechen, wird erst in nächster Sitzung vorgenommen, da der Beschluss nicht aus der Tagesordnung stand.

Die im letzten Geschäftsjahr seitens der städtischen Sparkasse erteilten Lieferkündigungen sollen zu dem Referendats und zu dem neuen Etat für das nächste Jahr vorgeschrieben werden. In Betracht kommen Summen von 28.000 und 85.700 Mark. Unsere Genossen beantragten, letzteren Betrag zur Annullierung eines Fonds zur Befreiung der Gemeindefinanzen und der Arbeitslosigkeit und deren Folgen zur Verfügung zu stellen. Dieser Standpunkt unserer Genossen trug dem die Bitte des Kapitäns von der See an die Sparkasse und auch hierbei wurden die entsprechenden Einwände gegen diesen, der bewiesenen Notwendigkeit entsprechenden Antrag, erhoben. Er wurde dann auch gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Wir werden daher noch Gelegenheit haben auf diese Abmahnung und ihre Gründe zurückzukommen. Im übrigen berichtete der Referent, daß die seit längerer Zeit andauernde politische Spannung nicht ungünstig auf die Sparkasse wie überall eingewirkt habe. Es ist dadurch ein Kursrückgang bei uns am heutigen Tag zu verzeichnen, was die Sparkasse erkennen. Da der Kurs aber mehr beschwichtigender Natur und auch der Referendatsbericht über die Lage der Sparkasse günstig ist, werden wir in dem nächsten Jahresbericht wieder in dem Sinne berichten, wie wir es auch in dem letzten Jahresbericht getan haben. Aus diesen Mitteilungen ist wiederum zu entnehmen, welche arbeitslosen Schichten die internationale Kriegswirtschaft anrichtet und wie notwendig es sei, dieser Gesellschaften durch das Handwerk zu helfen.

Der Etat des Volkshochschulwesens

erfordert im neuen Rechnungsjahr einen um 3.000 Mark höheren Zuschuß der Stadt als im Vorjahr. Es ist dies nicht auf die Eingemeindungen zurückzuführen. Insofern ist die Ursache für die Mehrbelastung des Volkshochschulwesens im Etat der Stadt die Erhaltung der Volkshochschule im Zusammenhang mit dem Etat der Volkshochschule, die im letzten Jahre um 300 Mark mehr als im Vorjahr betragen hat. Die Ursache für die Mehrbelastung der Volkshochschule im letzten Jahre ist die Erhaltung der Volkshochschule im Zusammenhang mit dem Etat der Volkshochschule, die im letzten Jahre um 300 Mark mehr als im Vorjahr betragen hat. Die Ursache für die Mehrbelastung der Volkshochschule im letzten Jahre ist die Erhaltung der Volkshochschule im Zusammenhang mit dem Etat der Volkshochschule, die im letzten Jahre um 300 Mark mehr als im Vorjahr betragen hat.

Die vom Magistrat beschlossene Sachverhalte sind im Besonderen unter dem Namen der Arbeit zu betrachten.

Obing. Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar 1913.

Die Tagesordnung weist nicht weniger als 32 Punkte auf. Gemäß ein recht stilles Arbeitspensum. Daß ein solches nur unter Beibehaltung der Verhandlungen an einem Abend erledigt werden kann, bedarf keiner weiteren Betonung. Die Beschlüsse der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar 1913 sind bereits am 9. Uhr erörtert worden. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Vorsitzende zwei Eingaben hiesiger Bürger zur Verlesung. Die erste Eingabe betraf eine Beschwerde der Schlossermeister Reumann und Hoff, die bei der Ausschreibung von Arbeiten am Kalkwerk neben Überprüfen waren. Sämtliche anderen Schlossermeister des Ortes waren von der Baubehörde zur Einreichung von Offerten aufgefordert worden. Auch war das Gelände bei einem auswärtigen Unternehmer der Fall, nur die beiden Schlossermeister wurden außer Acht gelassen. Mit Recht wurde hierin eine unbillige Zurücksetzung erblickt und mußte solche in weiten Handlungsfeldern lebhaften Unwillen auslösen. Die Stadtverordneten Teromin und Trille übten auch gebührende Kritik an dem Verfahren der Behörde und verlangten gleichmäßige Behandlung aller Bürger und öffentliche Ausschreibung der zu vergebenden Arbeiten. Die zweite Eingabe enthielt den Antrag der Feuerwehrgesellschaft und hatte das Bestehen um Verbesserung der Gesellschaften zum Inhalt. Bezüglich der Feuerwehrgesellschaft als Vertreter des Magistrats gegen die Behörde. Nicht minder war das Argument, mit denen der Magistratsvertreter operierte, um dieses Gesetz in Fall zu bringen. Es wurde ihm dann auch besonders von unseren Genossen geantwortet, daß, wenn die Stadtverordnetenversammlung mit gleichen Argumenten antworten würde, wenn es sich um Verbesserung höherer Preisen handelt, die letzteren alsdann verweigert werden könnten. Die Abstimmung über einen Antrag unserer Genossen, welcher den Magistrat ersucht, der Bitte der Feuerwehrgesellschaft die Einstellung des Etats des Feuerlöschwesens möglichst zu entsprechen, wird erst in nächster Sitzung vorgenommen, da der Beschluss nicht aus der Tagesordnung stand.

Obing. Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar 1913.

Die Tagesordnung weist nicht weniger als 32 Punkte auf. Gemäß ein recht stilles Arbeitspensum. Daß ein solches nur unter Beibehaltung der Verhandlungen an einem Abend erledigt werden kann, bedarf keiner weiteren Betonung. Die Beschlüsse der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar 1913 sind bereits am 9. Uhr erörtert worden. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Vorsitzende zwei Eingaben hiesiger Bürger zur Verlesung. Die erste Eingabe betraf eine Beschwerde der Schlossermeister Reumann und Hoff, die bei der Ausschreibung von Arbeiten am Kalkwerk neben Überprüfen waren. Sämtliche anderen Schlossermeister des Ortes waren von der Baubehörde zur Einreichung von Offerten aufgefordert worden. Auch war das Gelände bei einem auswärtigen Unternehmer der Fall, nur die beiden Schlossermeister wurden außer Acht gelassen. Mit Recht wurde hierin eine unbillige Zurücksetzung erblickt und mußte solche in weiten Handlungsfeldern lebhaften Unwillen auslösen. Die Stadtverordneten Teromin und Trille übten auch gebührende Kritik an dem Verfahren der Behörde und verlangten gleichmäßige Behandlung aller Bürger und öffentliche Ausschreibung der zu vergebenden Arbeiten. Die zweite Eingabe enthielt den Antrag der Feuerwehrgesellschaft und hatte das Bestehen um Verbesserung der Gesellschaften zum Inhalt. Bezüglich der Feuerwehrgesellschaft als Vertreter des Magistrats gegen die Behörde. Nicht minder war das Argument, mit denen der Magistratsvertreter operierte, um dieses Gesetz in Fall zu bringen. Es wurde ihm dann auch besonders von unseren Genossen geantwortet, daß, wenn die Stadtverordnetenversammlung mit gleichen Argumenten antworten würde, wenn es sich um Verbesserung höherer Preisen handelt, die letzteren alsdann verweigert werden könnten. Die Abstimmung über einen Antrag unserer Genossen, welcher den Magistrat ersucht, der Bitte der Feuerwehrgesellschaft die Einstellung des Etats des Feuerlöschwesens möglichst zu entsprechen, wird erst in nächster Sitzung vorgenommen, da der Beschluss nicht aus der Tagesordnung stand.

Stargard.

Der Magistrat hat beschlossen, die im letzten Jahre um 300 Mark mehr als im Vorjahr betragen hat. Die Ursache für die Mehrbelastung der Volkshochschule im letzten Jahre ist die Erhaltung der Volkshochschule im Zusammenhang mit dem Etat der Volkshochschule, die im letzten Jahre um 300 Mark mehr als im Vorjahr betragen hat.

trug seiner Aufforderung von dem Vergütungsleiter nicht geachtet werden. Außer diesen Joten gab es für die braven Arbeitervereine noch einen echten Schicksal, von 2 Damen, die ihn mit ausdauernder Beharrlichkeit immer wieder übten. Der brave Priester will deshalb zwar bei allen anderen Festteilnehmern erfreuliche Enttäuschung bemerkt haben. Er muß sich aber doch wohl über die Empfindungen seiner Betreuerin herzlich freuen haben, denn sonst hätten die Damen ihre prächtige Leibesübung kaum, ohne von dem schmerzhaften Streifen abzuweichen zu werden, so häufig wiederholen können. Wegen der beiden schiedenen Grazien kam es schließlich noch zu einem gewaltigen Krampf, der selbst nach der Ansicht des Pfarrers das „schöne Fest“ hätte befechten können. Wahrscheinlich dieser hübsche Abschlus der Karnevalfeier auch noch ein geistliches Nachspiel erhalten. Die Sozialistenerei ist manchmal doch eine sehr saure Arbeit.

Zoppot.

Eine große Depression auf dem hiesigen Arbeitsmarkt macht sich schon seit Weihnachten bemerkbar. Während in anderen Jahren in Zoppot gerade im Herbst und Winter recht viel Arbeitsgelegenheit war, ist zurzeit keine gewerbliche oder Bauarbeit zu bemerken. Durch diese kolossale Arbeitslosigkeit sind die hiesigen Arbeiter nun sehr in Mitleidenschaft gezogen und sieht es in den einzelnen Familien geradezu trostlos aus. In den Straßen begegnete sich öfters ganze Truppen Arbeitsloser, welche, ohne Fühlung mit den Berufsorganisationen zu nehmen und ohne selbst organisiert zu sein, schließlich einzugreifen habe und für Arbeitsgelegenheit sorgen müsse. Am 21. Januar 1913 kam man dahin überein, eine Deputation an den Bürgermeister zu entsenden, und zwar die Arbeitslosen mit ihrer Deputation nach dem Rathaus. Die Beauftragten suchten nun das Bureau des Herrn Bürgermeisters auf. Dort wurde ihnen erklärt, daß der Herr Bürgermeister zur Sitzung gegangen und wohl schwerlich zu sprechen sei. Man wartete. Nach Verlauf von etwa einer halben Stunde wurde der Deputation vom Rathshaus mitgeteilt, daß der Herr Bürgermeister sich überhaupt nicht von den Arbeitslosen sprechen lasse. Für Zoppot besteht nun bereits seit längerer Zeit ein Arbeitsamt mit einem Arbeitsnachweis, von welchem anhebend nur die Veranstalter dieser Einrichtung Kenntnis hatten. Auf diesen Arbeitsnachweis wurden die Arbeitslosen aufmerksam gemacht und nun suchten dieselben diesen auf. Die Antwort lautete dort kurz und bündig: Hier ist keine Arbeit zu bekommen, wir können also auch keine Arbeit nachweisen. Geben Sie nur zum Armenamt, wenn Sie bedürftig sind. Die Arbeitslosen sagten also zum Armenamt. Nach Vortrag der Sache erklärte der Sekretär, daß strenge Anweisung ergangen sei für die Arbeitslosen nichts zu bewilligen. Hier wurde die Deputation nun aber deutlicher, man trug dort vor, daß der Magistrat und die Stadtverordneten doch für die Sport- und Vergnügungszwecke dienenden großen Reuden des Kurhauses um Geld bewilligt hätten, daß da doch aber auf die Arbeitslosigkeit Rücksicht genommen werden müsse. Jedoch alles Reden müßte der Deputation nichts.

Mit Unrecht im Herzen gegen die Arbeitslosen in aller Ruhe, wie sie gekommen waren, wieder ab. Verschiedene Maßnahmen wurden unterwegs ausgetauscht und schließlich sagte man sich dahin, die Öffentlichkeit auf diese jämmerlichen Zustände aufmerksam zu machen. Man wählte die Zeitung „Der Arbeiter“ als Trägerin der Sache, welche in der Lage sei, die Öffentlichkeit auf die Misere hinzuweisen. Einer der Arbeitslosen fertigte ein Eingeladen an und besag sich nach der Redaktion des Zoppoter Anzeigers, welchem Organ der Stadt Zoppot die dreijährige Zeitung welche wohl in der Lage sei, die Öffentlichkeit auf die Misere hinzuweisen. Einer der Arbeitslosen fertigte ein Eingeladen an und besag sich nach der Redaktion des Zoppoter Anzeigers, welchem Organ der Stadt Zoppot die dreijährige Zeitung welche wohl in der Lage sei, die Öffentlichkeit auf die Misere hinzuweisen.

Dies ist geschehen. Am 21. Januar verhandelten nun die Stadtverordneten über die Eingabe. Nach langen Verhandlungen, auf die wir später noch einmal zu sprechen kommen, wurde schließlich die Sache an den Magistrat in Ausschuss genommen und dieser 3000 Mark als Posten für die Arbeitslosen bewilligt. Die Deputation der Arbeitslosen erhielt den Bescheid, daß sogleich allerdings diese nicht gleich auf Arbeitsgelegenheit rechnen könnten, da zunächst erst die Höhe festzustellen sei.

Oben die uns ja längerer Zeit. Aus alledem ist ersichtlich, wie schwer es den Arbeitern ergeht, genügende Beschäftigung zu erhalten. Die gesamte vorderrückige Praxis, die von gewerblichen Handwerkern und politischen Rändern immer wieder wiederholt wird, ist, daß die Arbeiter nicht arbeiten sollen, sondern nur zu sein, ohne zu arbeiten. Die Ursache für die Arbeitslosigkeit ist die Erhaltung der Volkshochschule im Zusammenhang mit dem Etat der Volkshochschule, die im letzten Jahre um 300 Mark mehr als im Vorjahr betragen hat.

Zoppot.

Der Magistrat hat beschlossen, die im letzten Jahre um 300 Mark mehr als im Vorjahr betragen hat. Die Ursache für die Mehrbelastung der Volkshochschule im letzten Jahre ist die Erhaltung der Volkshochschule im Zusammenhang mit dem Etat der Volkshochschule, die im letzten Jahre um 300 Mark mehr als im Vorjahr betragen hat.

Stargard.

Der Magistrat hat beschlossen, die im letzten Jahre um 300 Mark mehr als im Vorjahr betragen hat. Die Ursache für die Mehrbelastung der Volkshochschule im letzten Jahre ist die Erhaltung der Volkshochschule im Zusammenhang mit dem Etat der Volkshochschule, die im letzten Jahre um 300 Mark mehr als im Vorjahr betragen hat.

gewerbe sowie die Verhandlungen in München und Berlin. Nach einer Pause, in welcher drei Frauen als Mitglieder aufgenommen wurden, fand dann eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Hier verlas der Kassierer, Genossin Luz, die Abrechnung vom 4. Quartal 1913. Ferner gab er einen ausführlichen Bericht über die Verbreitung der diesjährigen Volkskalender. Alsdann berichtete er, wie weit die Beitragsmarken von den einzelnen Mitgliedern abgelehnt worden sind. Hieraus war zu ersehen, daß bei dieser schlichten Konjunktur an Mut und Opferwilligkeit sowie am Beitragszahlen der Genossen nicht zu zweifeln ist. Nach einem feurigen Ansprechen von Seiten des Vorsitzenden an die Mitglieder, immer mehr zu agitieren und die Volkswacht zu leiten, und einigen Erläuterungen über die bevorstehende Landtagswahl fand die Versammlung ihr Ende.

Rummelsburg.

Hünengräber. In Darßlow, durch den historischen Biergarten bekannt, vermutete man auf dem Acker des Eigentümers Thurow Hünengräber, was sich nunmehr durch Nachgrabungen bestätigt hat. Es wurde eine ganze Anzahl solcher über 2000 Jahre alter, ein Meter unter der Erdoberfläche liegender Gräber aufgedeckt und aus ihnen mehrere Urnen entnommen, die mit Asche und Knochen angefüllt waren.

Flatow.

Ein Ueberfall wurde auf den Wehring eines hiesigen Schuhmachermeisters verübt. Der Junge wanderte abends von der Staliner Mühle nach Jatzewo, um die Rückfahrt nach Flatow anzutreten. Unterwegs begegnete ihm ein Mann, der sich das Gesicht geschwärzt hatte. Der Fremde forderte den Wehring mit vorgehaltenem Revolver auf zur Herausgabe des Geldes. Als dies geschehen war, verschwand der Fremde, ohne erkannt zu werden.

Schloppe.

Zum Bürgermeister unserer Stadt wurde der Stadtschreiber Venger aus Frankenhagen (Kyffh.) gewählt.

Thorn.

Eine Entscheidung des Kammergerichts. Geschlossenes Gewerkschaftsfest oder öffentliche Tanzlustbarkeit? (Zum Begriff der „geschlossenen Gesellschaft“.) Am 11. Mai 1912 feierte das Gewerkschaftsamt der freien Gewerkschaften in Thorn im Lokale des Gastwirts Jantewicz ein Fest, bestehend aus Vorträgen, Gesängen und Tanz, das bis in die Morgenstunden dauerte. Daraus wurden der Kartellvorsitzende, Zimmermann Gardzielowski, und der Wirt Jantewicz in zweiter Instanz vom Landgericht Thorn wegen Übertretung der Tanz- und Polizeiverordnung zu Geldstrafen verurteilt, weil es sich um eine öffentliche Tanzlustbarkeit gehandelt habe, zu der eine polizeiliche Erlaubnis nicht nachgeholt worden sei, nach der Verordnung aber hätte nachgeholt werden müssen. Der Wirt wurde zugleich wegen Übertretung der Polizeiverordnung verurteilt, weil, da es sich um ein öffentliches Fest gehandelt habe, die Polizeistunde hätte innegehalten werden müssen.

In der Begründung seines Urteils führte das Landgericht aus: Das Fest sei in der Vorstandsitzung des Gewerkschaftsamt beschlossen worden, in dem hier bestimmt worden sei, daß nur Mitglieder der fünf dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften und ihre Angehörigen Zutritt erhalten sollten. Es sei auch eine Kontrolle ausgeübt worden. Und die Zeugen hätten beteuert, daß sie nur Mitglieder und ihre Angehörigen auf dem Fest gesehen hätten. An der Tür sei ein Plakat „Geschlossene Gesellschaft“ angebracht gewesen. Wenn dies nun auch alles zuträfe, so ließe das Fest doch eine öffentliche Veranstaltung dar. Wohl liege das Merkmal der äußeren Geschlossenheit vor. Es fehle jedoch an dem inneren Bande wechselseitiger persönlicher Beziehungen unter den Festteilnehmern. Es genüge nicht, daß die Vorstandsmitglieder die etwa 100 Teilnehmer des Festes persönlich kannten, sondern diese müßten auch untereinander sich persönlich nahestehen. Das sei nicht anzunehmen, und hier auch um so unannehmer, da nicht nur die Männer allein an jenem Feste teilnahmen, sondern auch deren Frauen und erwachsene Kinder. Ferner hätten auch solche Mitglieder teilnehmen können, die erst kurz vorher einer der beteiligten Gewerkschaften beigetreten waren. Danach könne von einem inneren Zusammenleben keine Rede sein, und das Fest müsse als öffentliches angesehen werden.

Die Angeklagten legten Revision ein. Rechtsanwält Dr. H. Heine mann als ihr Vertreter machte vor dem Kammergericht zu der Hauptfrage, ob es sich um eine geschlossene Gesellschaft oder um eine öffentliche Veranstaltung handle, folgendes geltend: Es sei falsch, wenn das Landgericht das innere Band, das außer der Abgeschlossenheit nach außen von einer „geschlossenen Gesellschaft“ gefordert werde, so auffasse, als müßten sich die Teilnehmer persönlich nahe kennen. Das sei nicht erforderlich. Das innere Band könnte auch aus gemeinschaftlichen Interessen bestehen. Wenn verlangt würde, daß alle sich kennen, dann würde jede Veranstaltung einer geschlossenen Gesellschaft, etwa der „Juristischen Gesellschaft“, eine öffentliche sein. Die gemeinschaftlichen sachlichen Interessen lägen aber für die Mitglieder der im Kartell zusammengeschlossenen Gewerkschaften zweifellos vor. Da das Fest auf die Mitglieder und ihre Angehörigen beschränkt war, habe man es hier ohne Zweifel mit einer geschlossenen Gesellschaft zu tun.

Das Kammergericht hob denn auch die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Gründe: Der Verteidiger habe zureichend dargelegt, daß es weshalb das Landgericht den Begriff der öffentlichen Tanzlustbarkeit und der geschlossenen Gesellschaft verkannt habe. Auch der Senat sei der Meinung, daß es darauf gar nicht ankomme, ob sich die Teilnehmer alle persönlich kannten. Ein Recht habe der Verteidiger die Juristische Gesellschaft angeführt. Eine geschlossene Gesellschaft sei ein nach außen abgeschlossener Kreis von nach innen miteinander verbundenen Personen. Das die Gesellschaft zusammenschließende Band könne auch in der bloßen Absicht der Anbahnung persönlicher Beziehungen oder in der Gemeinamkeit des sachlichen Zwecks bestehen. — Das Landgericht müsse nochmal verhandeln.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe beendet. Die letzten Tarifverhandlungen im deutschen Schneidergewerbe sind am 1. Dezember 1912 unter der Leitung des Reichsarbeitsamtes abgeschlossen worden. Danach wurde eine Lohnerhöhung von 5 bis 7 Prozent festgesetzt, je nach den Ortsverhältnissen. Der Tarif gilt auf unbestimmte Zeit, kann jedoch nach dreimonatiger Kündigung aufgehoben werden. Beide Parteien waren mit dem Schiedspruch einverstanden. 45 Ortsverwaltungen müssen sich mit der Zustimmung erklären, diese sind jedoch fast überall fertig.

Metallarbeiter.

Mitgliederbestand der Organisationen in der Metallindustrie (nach dem Reichsarbeitsamt):

Organisation	Mitglieder	1912	1911
Deutscher Metallarbeiter-Verband	141.002	131.185	18.817
Metallarbeiter-Verband	11.111	10.250	861
Metallarbeiter-Verband	11.111	10.250	861
Metallarbeiter-Verband	11.111	10.250	861
Metallarbeiter-Verband	11.111	10.250	861

In der Zahl der Mitgliederzunahme des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind Mitglieder des überregionalen Schneiderverbandes mit 141.76 mitgerechnet. Der Fortschritt ist unerkennbar. Die Entwicklung spricht über den hiesigen Dünstlichen Gewerkschaftsbau ein sehr gutes Urteil.

Frauenbewegung.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Für Frauen als Schöffen bei den Jugendgerichten ist die Sozialdemokratie im Reichstag nachdrücklich eingetreten. Dort wurde Mitte Januar der Beschlusstwurf über die Jugendgerichte in erster Lesung beraten. Wenn es eine gesellschaftliche Einrichtung gibt, bei der die Frauen in vollem Maße mitwirken sollten, so ist es das Jugendgericht. Die Gründe dafür sind so einleuchtend, daß wir uns nicht über sie zu verbreiten brauchen. Ist doch ein Schimmer davon sogar der Regierung aufgedämmert, die sonst gegen soziale Reformnotwendigkeiten blind zu sein pflegt. Sie hat sich zu einem Konzeptionsantrag an das Reich der Frauen verstanden, das einen erheblichen Nutzen für die Allgemeinheit bedeuten würde. Der Beschlusstwurf sieht vor, daß Frauen von den Jugendgerichten als Beistand für Angeklagte bei der Hauptverhandlung und als Fürsorgerinnen zugelassen seien. Er begründete es damit, daß, wenn es sich um weibliche Angeklagte handelt, Frauen in hervorragendem Maße zum Amt des Fürsorgers geeignet sein werden. Das stimmt, auch wenn es sich nicht um weibliche Angeklagte handelt, sondern um Jugendliche überhaupt. Aber wenn die Frau „in hervorragendem Maße“ als Fürsorgerin geeignet ist, warum nicht als Schöffe? Die gleichen Gaben und Wesenseigentümlichkeiten, die sie zum Beistand und zur Fürsorge befähigen, werden sich auch bei der Urteilsfindung bewähren. Ein wenig Logik, ihr Herren! Die Forderung des sozialdemokratischen Redners, Frauen als Schöffen zuzulassen, wurde nur von einem einzigen bürgerlichen Abgeordneten vertreten. Der nationalliberale Professor v. Calker führte aus, daß die Zweckmäßigkeit wie die Berechtigung verlange, Frauen als Schöffen an den Jugendgerichten mitwirken zu lassen. Man könne zu weiblichen Schöffen das Vertrauen haben, daß sie Gutes leisten und manchmal ihre Aufgabe besser lösen werden, als Männer. Konservative und Reichsparteiler wendeten sich gegen die Forderung und beantragten ihren Sachverständigen und reaktionären Standpunkt mit den abgeleiteten Salbadereien vom Respekt vor der Lebenswürdigkeit und Zartheit der Damen. Der Beschlusstwurf ist an eine Kommission verwiesen worden, bei deren Beratung der Kampf für das Recht der Frau und die zweckmäßige Gestaltung der Jugendgerichte weitergeht.

Der erste russische Frauentag.

Als neuer Beweis für das Wiederaufleben des politischen Kampfes in Rußland kann die Einberufung zum ersten russischen Frauentag durch die St. Petersburger Genossen gelten. Der Frauentag soll in der Zeit des internationalen Frauentages stattfinden. Man wird eine spezielle Frauenummer herausgeben, man plant Versammlungen und betreibt schon jetzt eine rege Agitationsarbeit für dieses sozialpolitische Ereignis. Wenn gleich in Rußland die Rechtfertigung der Arbeiterinnen nicht so scharf hervortritt wie in den konstitutionellen Ländern und Republiken, weil beide Geschlechter dem russischen Volke gleich rechtlos, gleich gedemütigt und ausgebeutet sind, hat doch auch der Frauentag für die Russen eine große Bedeutung. Gerade weil die russische Arbeiterklasse so sehr niedergedrückt ist unter der Faust der Reaktion, kann dieser Frauentag einen neuen Ansporn und eine Neubebung für die frische kampfbereite Stimmung werden, die von Tag zu Tag mehr Boden in der russischen Arbeiterbewegung gewinnt. Und auch für die internationale Arbeiterbewegung wird dieses Erwachen der Russinnen ein neuer Ansporn sein. Genossinnen! Küßt auch Ihr wieder zu den Versammlungen, die anlässlich des internationalen Frauentages am 2. und 3. März stattfinden.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion bestimmte zum Berichterstatter über die parlamentarische Tätigkeit an den Parteitag in Jena den Genossen Heinrich Schulz.

Als Parteisekretärin für die Provinz Schlesien wurde die Genossin Frieda Wulff-Berlin gewählt. Sitz des Sekretariats ist Breslau sein.

Abgefragt. Der Dresdener Oberbürgermeister Beutler hatte neben höheren städtischen Beamten und den Mitgliedern beider städtischer Kollegien auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten zu einem Schoppenabend in den Festräumen des Rathauses eingeladen. Da aber auch in Dresden noch immer mit zweierlei Maß gemessen wird, wenn es sich um Arbeiterorganisationen und ihre Vertreter handelt, haben unsere Genossen im dortigen Stadtparlament gemeinsam folgende treffende Antwort auf die Einladung erteilt:

Dresden, im Februar 1913.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Von Ihrer freundlichen Einladung zu dem von Ihnen für den 21. Februar in Aussicht genommenen Schoppenabend haben wir Kenntnis genommen. Wir danken Ihnen dafür, müssen aber folgendes bemerken:

Solange wir innerhalb der städtischen Verwaltung nicht als gleichberechtigt angesehen werden, solange insbesondere den Arbeitern die städtischen Turnhallen versperrt bleiben, während sie andere Vereine unter Bewahrung beträchtlicher Subvention unentgeltlich überlassen werden, solange man der sozialdemokratischen Partei städtische Räume, die anderen Parteien längst zur Verfügung gestanden haben, verweigert,

solange durch diese und andere Maßnahmen dargelegt wird, daß die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter als Einwohner zweiter Klasse behandelt werden, können wir an Ihrem Festabend schon deshalb nicht teilnehmen, weil wir Sie, Herr Oberbürgermeister, als den ersten Repräsentanten des Systems betrachten müssen, das die Sozialdemokraten und ihre Vertreter minderen Rechts erklärt.

Hochachtungsvoll
Die sozialdemokratische Gruppe
des Stadtverordneten-Kollegiums.

Zum Bürgerkrieg in Mexiko.

Friede in Mexiko?

Mexiko, 22. Februar. Huerta erklärte mehreren Journalisten, der Friede werde in Mexiko am jeden Preis wiederhergestellt werden. Er setze seinen Ehrgeiz darauf, daß in dem Augenblick, wo er sein Amt niederlege, er die Ordnung in Mexiko hergestellt und Leben und Eigentum der Mexikaner und Ausländer gesichert habe. Huerta gab zu, daß einige Gruppen der neuen Regierung noch ablehnend gegenüberstünden. Es würden Unterhändler, und wenn nötig, Truppen zu ihnen geschickt werden, um eine Verständigung zu erzielen. Weiterhin erklärte sich Huerta für Preßfreiheit.

Madero und Suarez erschossen.

Der frühere Präsident Madero und der frühere Vizepräsident Suarez von Mexiko sind am 23. d. Mts. erschossen worden, als man bei ihrer Ueberführung nach dem Gefängnis den Versuch machte, sie zu befreien. Von den Angreifern wurden bei dem Kugelwechsel zwei Mann erschossen.

Ueber den Tod der beiden Männer äußert sich der jetzige Machthaber, Huerta, folgendermaßen:

Am Mitternacht griff eine Schar von 50 Mann die aus 100 Kurales bestehende Eskorte der Gefangenen an. Diesen wurde befohlen, die Wagen zu verlassen, worauf sie von einer Wache von 30 Mann umgeben wurden, während die übrigen Kurales das Feuer erwiderten. Der Kampf dauerte 20 Minuten. Nach seiner Beendigung wurden Madero, Suarez, zwei Kurales und ein Bürger tot aufgefunden. Die Angreifer ergriffen die Flucht.

Zu den Balkanwirren.

Die Entspannung in den Balkanfragen.

Zu den Wirren auf dem Balkan äußert sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgendermaßen:

Die Entspannung in den Balkanfragen hat während der letzten Wochen unverkennbare Fortschritte gemacht. Es ist gelungen, den rumänisch-bulgarischen Streit einer gütlichen Lösung näher zu bringen, indem die Parteien den sechs Großmächten die Vermittlung in solchen Punkten übertragen wollen, die durch unmittelbare Verhandlungen zwischen Bulgare und Sofia nicht zu erledigen sein sollten. Zwischen der Türkei und dem Balkanbund dauert der Kriegszustand noch fort; Vorgänge von militärischer oder politischer Wichtigkeit sind aber nicht eingetreten. Dagegen zeigen sich auf diplomatischem Gebiet Anhaltspunkte dafür, daß die Türkei gewillt ist, die Vermittlung der Mächte für einen annehmbaren Frieden eintreten zu lassen. Auch im Kreise der Balkanstaaten scheinen friedliche Ermüdigungen an Boden zu gewinnen.

Die Großmächte, die das Ziel einer baldigen Beendigung des Kampfes nicht aus dem Auge verlieren, und in diesem Bestreben nach wie vor einig vorgehen, werden, sobald sie es mit Nutzen können, den Kriegführenden ihre guten Dienste für den Friedensschluß gern zur Verfügung stellen.

In der albanischen Grenzfrage läßt sich eine Lösung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland mit Zuversicht erwarten.

Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen.

In eingeweihten Kreisen von Sofia verlautet, die englische Regierung habe bei der bulgarischen Regierung um die Befreiung der Bedingungen nachgesucht, unter denen die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden könnten. Nach Mitteilung aus diplomatischen Kreisen dürfte der rumänische Gesandte Ghika zur mündlichen Berichterstattung nach Bukarest reisen.

Der offizielle türkische Kriegsbericht.

der in Konstantinopel ausgegeben wurde, belagt: „Gestern war der Feind das Bombardement von Adrianopel fortgesetzt. An der Ostfront fand ein Artilleriekampf statt. Vor Bulair sind keine Veränderungen eingetreten. An der Tschataldschalinie ist der Feind damit beschäftigt, die im Westen von Tschiflik gelegenen Anhöhen zu besetzen. Unsere Refugiozierungscolonnen sind in Tätigkeit.“

Nach weiteren türkischen Angaben überlegen die türkischen Verluste in den bisherigen Kämpfen seit Wiederaufnahme der Feindseligkeiten kaum 1500 Mann. Die Zahl der in Konstantinopel in Pflege befindlichen Verwundeten übersteigt nicht 500. Die anderen Verwundeten befinden sich in Gallipoli und in den Dar-danelen in Pflege, wo die Schulen in Ambulanzen umgewandelt worden sind. Der türkische rote Halbmond beschloß, 50 000 Pfund für die Pflege der Verwundeten und weitere 50 000 Pfund für die Unterbringung der verwundeten Flüchtlinge auszugeben.

In Konstantinopel war am 21. und 22. Februar eine große militärische Bewegung bemerkbar. Zwei Transportschiffe sind mit Truppen und Freiwilligen, von denen manche nicht uniformiert sind, angeblich nach Gallipoli abgegangen.

Es verlautet in Konstantinopel, daß seit vorgefitem früh bei Bulair eine große Schlacht im Gange ist.

Berichtliches.

Reichsgericht. Und immer wieder Prügelpädagogen.

Das Landgericht Bonn hat am 20. September 1912 den Lehrer Rudolf Norbach, der der Körperverletzung im Amt angeklagt war, nur wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt. Am 18. April 1912 stellte er einen siebenjährigen Schüler wegen Schwagens zur Rede. Da der Knabe bestritt, geschwagt zu haben, wurde der Angeklagte erregt und gab ihm mit der Hand drei heftige Schläge an die linke Kopfseite. Als der Knabe seine Hand zum Schutz an den Kopf lehnte und sie trotz Aufforderung nicht herunter nahm, gab ihm der Angeklagte noch einmal mehrere Schläge auf dieselbe Seite, die zum Teil die Hand trafen. Im ganzen erhielt der Knabe etwa 8-10 Schläge. Er hatte heftige Schmerzen und es stellte sich heraus, daß das Trommelfell einen Riß erhalten hatte. Dadurch war die Hörfähigkeit 4 Wochen lang beeinträchtigt. Der Riß ist später wieder zugeheilt, und eine dauernde Schädigung ist nicht eingetreten. Verurteilt ist der Angeklagte auf Grund der Rabinetsorder von 1825, da er fahrlässig die Grenzen, die ihm das Züchtigungsrecht gewährt, überschritten habe. In seiner Revision bestritt der Angeklagte die Voraussetzbarkeit des eingetretenen Erfolges seiner Handlungsweise. Die allgemeine Bildung reiche nicht aus, um einen solchen Erfolg vor-auszusehen (!) und medizinische Bildung besitze er nicht. Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet, da ausreichend festgestellt ist, der Angeklagte habe nach den Erfahrungen des täglichen Lebens voraussehen können, daß das Trommelfell verletzt werden könne, wenn man jemanden auf die Hand schlägt, die das Ohr schützen soll.

Nah und Fern.

Ein Militärballon explodiert und verbrannt.

Der Militärfreiballon Mainz 2 ist am Freitag Nachmittag nach einer fünfständigen Fahrt in der Nähe von Meh bei der Landung explodiert und verbrannt. Die drei Offiziere, welche sich in der Gondel befanden, konnten sich nur mit Mühe aus dem umgestürzten Korbe befreien. Der Unfall, der sich vor den Augen der Wache des Forts Courcelles ereignete, wird auf Selbstentzündung des Gases bei Aufreißen des Ventils zurückgeführt. Trotz der außerordentlichen Gewalt der Explosion hat keiner der Offiziere Verletzungen davongetragen.

Letzte Nachrichten.

Der Krach im Bund der Militärärzte.

Hannau, 24. Februar. Der Bund deutscher Militärärzte hat seinem Ehrenvorsitzenden, dem bündlerisch-reaktionären Landtagsabgeordneten Generalmajor v. Kloeden den Stuhl vor die Tür gesetzt. Auf der Tagung des Provinzialverbandes Hessen-Nassau des Bundes deutscher Militärärzte wurden in ausführlicher Weise die Differenzen mit Herrn von Kloeden behandelt und dabei bekannt gegeben, daß Herr v. Kloeden verurteilt habe, den Bund in ein bestimmtes politisches Fahrwasser zu bringen und dabei bekannt gegeben, daß Herr v. Kloeden verurteilt habe, den Bund in ein bestimmtes politisches Fahrwasser zu bringen. Hierauf seien die Anfeindungen des Bundes durch Generalmajor v. Kloeden zurückzuführen. Der Verband beschloß, die Ehrenpräsidenschaft des Generalmajors als erloschen zu betrachten. Herr v. Kloeden hatte den Vorstand des Bundes beim Minister des Innern denunziert, weil einzelne Mitglieder eine Remuneration für ihre Arbeit erhielten. Daraufhin wurden zwei Vorstandsmitglieder gemahregelt: der zweite Vorsitzende mußte seine Stellung im Bunde niederlegen und ein anderer wurde verurteilt.

Die Angst vor dem drohenden Generallstreik in Belgien.

Die Bürgermeister der neun Provinzialhauptstädte waren heute auf dem Brüsseler Rathause versammelt, um über die durch den drohenden Generallstreik geschaffene Lage zu beraten. Es wurde beschlossen, einen Appell an die Arbeiter zu richten, in dem sie ersucht werden, im Interesse des Friedens auf den Generallstreik zu verzichten; ferner wurde beschlossen, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, bei Verzicht der Arbeiter auf den Generallstreik in voller Freiheit an die Lösung der Wahlrechtsfrage heranzutreten. Zwei katholische Bürgermeister enthielten sich bezüglich des letzten Wunsches der Abstimmung.

Danziger Parteinachrichten.

Das Frauenwahlrecht ist erschienen. Festschrift zum Frauentag am 2. und 3. März d. Js. 16 Seiten. Illustriert. Preis 5 Mq. Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Schiffsverkehr.

Neufahrwasser, 22. Februar.

Angekommen: Skreien, Randers, Bergen via Königsberg, Güter. Geleckt: Jank, Jensen, Hangelund, leer. - Feda Andersen, Altona, Genelde. Claus, Busch, Statin, Güter. - Hammonia, Wismar, Berlin leer. Imperial, Plambach.

Vom 23. Februar.

Angekommen: Höfding, Jönsson, Nakschow, leer. - Domona, Gutthens, Stolpmünde, leer. - Carl, Fretwurst, Hamburg, Güter. - Jerja, Andersen, Stolpmünde, Güter. - Ober, More, Leith, Güter und Kohlen. - Wilhelm, Schröder, Göteborg, leer. - Pag, Le de Wall, Emden, Güter. - Svanfos, Diter, Christiania, Güter. - Elja, Gollat, Statin, Güter. - Sonja, Anelden, Karlsruhe, leer. - Maria Gorb, Dno, Antwerpen, Thomasmehl. Geleckt: Kauf, Hauken, Kjae, Güter. - Labre, Membrun, Rönasberg, Güter.

Vom 24. Februar.

Angekommen: Herzog Johann Albrecht, Van, Hamburg, Güter. - Virgilia, Erbecht, Gent, Thomasmehl.

Ab 1. März übernimmt Herr Otto Engel, Richthofstraße 18 die Expedition unserer Volkswacht. Dasselbe werden auch jederzeit Abonnements

Expedition der Volkswacht, Danzig.

Zuden Einsegnungen

empfehlen wir

schwarze und creme Kleiderstoffe,
fertige Kleider in schwarz und weiß,
Einsegnungs-Anzüge, Einsegnungs-Wäsche

in großer Auswahl zu anerkannt billigen Preisen.

4 Prozent Rabatt.

4 Prozent Rabatt.

Ertmann & Perlewitz

Holzmarkt- und Breitgasse-Ecke.

Pr. Stargard.

und Inseraten-Anträge für die Volkswacht entgegenzunehmen.

Elegante
Sacco- u. Rock-Anzüge
kaufen Sie am besten im
Spezialhaus
Louis Israelski
Kohlmarkt Nr. 11.
Sacco-Anzüge
ein- u. zweireih., Ersatz für Mass
16, 20, 22, 25 bis 45.
Rock-Anzüge
für Trauung und Gesellschaft
tadellos sitzend
à 28, 33, 38, 42 bis 60.

Friseur Arthur Schulz, Hakelwerk 12.

Begrüßter Helfer mit Maschinen-
Fähigkeit für Binnenschiffahrt
bittet um Arbeit. Offert. unt 100
an die Expd. der Volkswacht.
Gr. Hängelampe f. 5 Mk. zu verk.
Behrend, Ohra, Hoppenbruch 4.
Stäbchen u. Haarschneiden
z. gewöhnl. Preisen von Friseur
B. Schreiber, Tischlergasse 27.
Zähne werden gut gezogen,
auf Wunsch schmerzlos, auch wird
der Nerv getötet von W. Schreiber,
Heilgüßel, Tischlergasse 27.
Laube Junn, Follteckehaus, 7.
Bestände einzeln auch
im ganzen zu verkaufen. Näheres
Zwirngasse 1.

Friseur A. Müller, Schüßeldamm 30.

Besonders
günstiges Angebot!
Solange der Vorrat reicht!
Berta von Suttner:
Die Waffen nieder.
Krieg dem Krieg
Ueb. 1 Mark, broschiert o.oo.
Porto 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Friseur H. Babst, Tischlergasse 28.

Achtung! Deutscher Bauarbeiterverband : Zweigverein Danzig. Achtung!

Mit dieser Woche beginnt die Beitragszahlung für das Jahr 1913. Von Donnerstag bis Sonnabend haben sich die Kollegen zwecks Kontrolle im Bureau zu melden.

Kredit

gewähre ich jedermann bei Entnahme von

Möbeln

und Porzellanwaren.

größte Auswahl

Komplette Musterzimmer.

Garderobe
für Herren, Damen und Kinder

Abzahlung 1 Mark
pro Woche an
Freie Lieferung

Das vornehme Kredithaus in Danzig
Nic. Pindo Nachf.

M. Grau

Danzig, 4 Holzmarkt 4

Verlangen Sie meinen Prachtkatalog.
Zusendung gratis und franko.

Schneiderinnen

auf bessere Kasentücher, Spieldecken, weiße

Kinder- u. Teeschürzen

so wie Kleiderstoffe haben das ganze Jahr über noch unbesetzte

beschäftigung zu erwarten. Anmelden bei

Rosenberg & Fischer, Hundegasse 89.

Carl Santski: Der Weg zur Macht.
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Polizei-Verordnung

betreffend die Arbeiterfürsorge bei Bauten.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 143, 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (W. S. S. 195) sowie des § 120c Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1900 verordne ich nach Anhörung der Sektion IV der Nordöstlichen Bauwerksberufsgenossenschaft und unter Zustimmung des diesigen Gemeindevorstandes für den Polizeibezirk Danzig folgendes:

§ 1.
Die Bestimmungen unter §§ 2 bis 7 finden Anwendung:
a) bei Hochbauten, wenn ausschließlich der Poliere und Lehrlinge mehr als 10 Personen zur Zeit der Hochbauausführung gleichzeitig auf dem Bau beschäftigt sind, während der Hochbauausführung vorübergehend beschäftigte Arbeiter wie Zimmerleute und Staker werden nicht in dieser Zahl eingerechnet,
b) bei Tiefbauten, welche von Unternehmern ausgeführt werden, wenn an einer bestimmten Stelle des Baues mehr als 10 Personen länger als eine Woche gleichzeitig beschäftigt sind.

§ 2.
Zur Benutzung während der Arbeitspausen und bei ungünstiger Witterung, sowie zur Aufbewahrung von Kleidern, Lebensmitteln und Eßgeschirr muß für die an Bauten beschäftigten Arbeiter ein allseitig dicht umschlossener, mit Fenstern genügend versehen und lästbarer Unterkunftsraum geschaffen werden, der im Mittel mindestens 2,20 m, im Lichten hoch sein muß und dessen Grundfläche derart zu bemessen ist, daß auf jeden am Bau dauernd beschäftigten Arbeiter (§ 1) eine Fläche von wenigstens 0,75 qm entfällt.
Der Unterkunftsraum muß mit einem Dielenfußboden versehen und in der kältesten Jahreszeit beheizbar sein. Für die dauernd auf dem Bau beschäftigten Arbeiter sind in den Unterkunftsräumen Sitzplätze und Tische zur Verfügung zu stellen.
Baumaterialien irgend welcher Art dürfen in den Unterkunftsräumen nicht gelagert werden.
Bei Tiefbauten müssen diese Räume so belegen sein, daß der Sechsstundenwert eines jeden Arbeiters von der Unterkunftsfläche der Regel nach höchstens 300 m entfernt ist.
Für schimmende Unterkunftsräume findet die Vorschrift über die notwendige Lüftung keine Anwendung.
Sinkt in der Zeit vom 1. November bis 1. April die Außentemperatur unter - 10 Grad Celsius, so ist der Unterkunftsraum genügend zu erwärmen.

§ 3.
Den Arbeitern muß auf der Baustelle die Möglichkeit gegeben sein, Speisen und Getränke zu erwärmen.
Bei Tiefbauten außerhalb geschlossener Ortschaften sind die Wärmeverrichtungen unmittelbar bei der Baustelle anzulegen.
Es kann zugelassen werden, daß während der kältesten Jahreszeit die Heizanlage der Baustelle zugleich als Wärmeverrichtung für Speisen und Getränke eingerichtet und benutzt wird.

§ 4.
Bei Bauausführungen gemäß § 1 müssen für die Arbeiter Aborte in solcher Anzahl vorhanden sein, daß ein Sitz (Brille) für höchstens 15 Personen dient.
Sind vorhanden mehrere Aborte ist zwischen je zwei Sitzen eine Scheidewand anzubringen.
Für am Bau beschäftigte Frauen sind besondere Bedürfnisanstalten zu errichten.
Die Aborte müssen von den Unterkunftsräumen (§ 2), der Regel nach mindestens 6 m entfernt, angebracht werden. Sie müssen genügend hell und derart eingerichtet sein, daß von außen nicht hineingesehen werden kann. Entwerfenfalls sind vor den Türen Blenden anzubringen. Die Aborte dürfen keine durchlöcherigen Guben erhalten. Sie sind entweder an einer öffentlichen Entwässerungsanlage vorrührig anzuschließen, oder es müssen vorüberdachte Kanäle, welche nach dem Bau herabgeführt und durch feste, mit einem Kalkmilchschicht beschichtete Kanäle zu fließen sind, angebracht werden.
Die Kanäle sind durch Siegel und Siegelbretter zu verdecken.
Der Boden des Hochgebäudes unmittelbar über der Baustelle kann die Herstellung einer Erdgrube gestattet werden.
Nach Beendigung der Bauarbeiten ist die Erdgrube zu entleeren, zu reinigen und ordnungsgemäß anzulegen.

§ 5.
Sollten die Arbeiter bestimmten Aborten ein Piffoir anzuheben, so ist bei Hochbauten in jedem Gebäude ein Urinbehälter anzubringen.

§ 6.
Die Unterkunftsräume und die Aborte sind stets in reinlichem Zustande zu erhalten.

Die Urinnehmer und die Behälter für die Piffoirs sind nach Bedarf, mindestens täglich zu entleeren. Die Aborte und Piffoirs sind nach Erfordernis zu desinfizieren.

§ 7.
Auf jeder Baustelle ist gutes Trinkwasser bereit zu halten.

§ 8.
Uebertretungen dieser Vorschriften werden mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mk., im Unvermögensfalle mit einer entsprechenden Haft geahndet, unbeschadet der Befugnis der Polizeibehörde, die Herstellung vorchriftsmäßiger Zustände im Zwangswege herbeizuführen.

§ 9.
Diese Polizeiverordnung tritt am Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Die Polizeiverordnung vom 28. August 1908 (Intelligenzblatt Nr. 208) tritt am demselben Tage außer Geltung.
Danzig, den 17. Februar 1913.
Der Polizeipräsident.
gez. Weijel.

Künstliche Zähne

mit Kautschuk-Platte
1.80, 3.00 u. 4.00 Mk.

Plomben von 2,00 Mk. an. Reparaturen von 1,00 Mk. an.
Zahnziehen fast schmerzlos in normalen Fällen 1,00 Mk.
Bei Bestellung von Gebissen jedoch kostenlos. - Garantie.

Zahn-Praxis

Georg Haselmann, Dentist

Milchkannengasse Nr. 31, II.

Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr. Sonntags von 9 bis 12 Uhr.
Angenehme Zahlungsweise.

Das

Menschenlachthaus.

Bilder vom kommenden Krieg!

Preis 1,00 Mk. Porto: Druckfache 10 Pfg.

Zu beziehen durch die
Volkswacht-Buchhandlung, Danzig, Paradiesg. 32.

Über die Wirkung:

Dr. Gutman's

"Nivonin"

in Ballmunde,

ist oben auf das allseitige Relief!

Bezugsquellen-Verzeichnis

<p>S. Maltenow Elektronen- und Mittel- und Hochfrequenz-Apparate</p> <p>Chr. Schatz Alkoholische Getränke</p> <p>Sinanco Elektronen- und Mittel- und Hochfrequenz-Apparate</p> <p>H. Herder Elektronen- und Mittel- und Hochfrequenz-Apparate</p> <p>Joh. Kostuchowski Schneiderei-Artikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Joh. Kostuchowski Schneiderei-Artikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Julius Gosda Schneiderei-Artikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Schuhwaren Großes Schuhwarenlager Ink. Paradiesgasse 32 XI. Wäpplungasse, neben dem Pfarrhaus Arbeiter erhalten Extrarabatt</p> <p>Schuhwarenhaus Tuchler Holzmarkt 19 Unerreicht billige Preise</p> <p>L. Michaelis III. Danzig Nr. 4 Heiligengeistg. 11 Großes Lager gediegener Schuhwaren Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt</p> <p>Sellen- u. Toilettenartikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Spielwaren Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Sprechmaschinen, Platten A. Beck's, Breitenstr. 114 L. Beck's, ELBING, Schulstr. 8</p> <p>Trikotagen, Weißwaren Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Uhren und Goldwaren Kartowick, Jankowskigasse 4</p> <p>Wäsche, Woll- u. Wolle Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p>	<p>Erhalten wissenschaftlich :: ::</p> <p>Danziger Brotfabrik 3 u. 4. Holzmarkt Ringschneider, Kasten, die Maschinen Kuchen, Brot, Plätzchen</p> <p>Horst Lettau Händlg. ca. 20. Nissersorten stets im Lager</p> <p>J. NOETZEL Händlg. Kuchen, Plätzchen, Gebäck</p> <p>M. Krause Händlg. Kuchen, Plätzchen, Gebäck</p> <p>Derwitz und Schürer Händlg. Kuchen, Plätzchen, Gebäck</p> <p>Joh. Kostuchowski Schneiderei-Artikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Joh. Kostuchowski Schneiderei-Artikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Julius Gosda Schneiderei-Artikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Schuhwaren Großes Schuhwarenlager Ink. Paradiesgasse 32 XI. Wäpplungasse, neben dem Pfarrhaus Arbeiter erhalten Extrarabatt</p> <p>Schuhwarenhaus Tuchler Holzmarkt 19 Unerreicht billige Preise</p> <p>L. Michaelis III. Danzig Nr. 4 Heiligengeistg. 11 Großes Lager gediegener Schuhwaren Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt</p> <p>Sellen- u. Toilettenartikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Spielwaren Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Sprechmaschinen, Platten A. Beck's, Breitenstr. 114 L. Beck's, ELBING, Schulstr. 8</p> <p>Trikotagen, Weißwaren Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Uhren und Goldwaren Kartowick, Jankowskigasse 4</p> <p>Wäsche, Woll- u. Wolle Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p>	<p>Bezugsquellen-Verzeichnis</p> <p>ENGLISH CLUB Schneiderei-Artikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Parteywaren, Gelegenheitskäufe Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Johannes Schamp Schneiderei-Artikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Sally Bieber Schneiderei-Artikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Central-Molkerei E. G. Danzig Verkaufswagen in allen Stadtteilen</p> <p>Friedr. Dohm Produkte in bekannter Güte Niederlagen in allen Stadtteilen</p> <p>Maschinen, Grammophone Beste Sprechmaschinen u. Fahr- rad-Zentrale, Hauptgasse 31 Sende und billige Bezugspreise für Abnehmer der Volkswacht Zuschneid- u. Reparaturwerkstatt Papier- und Schreibwaren</p> <p>G. W. PETERSSEN ELBING, Altes Markt 10 Schuh- und Bekleidungs- artikel</p> <p>Schirme, Stühle, Hüte Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p>	<p>Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen</p> <p>C. E. Schimmelmann vorm PRANTZ Schneiderei-Artikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Rob. Schulz Schneiderei-Artikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>F. Steckel Schneiderei-Artikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Möbelmagazine Schneiderei-Artikel Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p> <p>Arthur Schulz Danzig, III. Danzig Nr. 2 Hauptgasse 37 sowie ganzer Anstaltungen</p> <p>Molkereien Central-Molkerei E. G. Danzig Verkaufswagen in allen Stadtteilen</p> <p>Friedr. Dohm Produkte in bekannter Güte Niederlagen in allen Stadtteilen</p> <p>Maschinen, Grammophone Beste Sprechmaschinen u. Fahr- rad-Zentrale, Hauptgasse 31 Sende und billige Bezugspreise für Abnehmer der Volkswacht Zuschneid- u. Reparaturwerkstatt Papier- und Schreibwaren</p> <p>G. W. PETERSSEN ELBING, Altes Markt 10 Schuh- und Bekleidungs- artikel</p> <p>Schirme, Stühle, Hüte Jankowskigasse 2 Lauenburgerstr. 4</p>
--	---	---	--